

rote blätter 3

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann (Hg.)

Die Linke und NATO und Trump und Macron

Inhalt

<i>Editorial</i>	2
<i>Plädoyer für einen Tabubruch - DIE LINKE, die NATO und die Regierungsfrage von Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann</i>	3
<i>Die USA und die Dilemmata der deutschen „Atlantiker“ von Erhard Crome</i>	12
<i>Das Trump-Kapital - Wie sich Donald Trumps ungehobelter Milliardärshaufen und die Wall Street miteinander arrangieren von Werner Rügemer</i>	29
<i>Vom kleineren Übel - Anmerkungen nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich von Friederike Benda, Wolfgang Gehrcke, Siegfried Ransch</i>	36
<i>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren, Impressum</i>	46

Kapitalistische Widersprüche: NATO, Trump, Macron

Widersprüche innerhalb kapitalistischer Gesellschaften nehmen zu, die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung auch. Die Kooperation und Konfrontation zwischen Frankreich und Deutschland, die Debatten um Wahlen in den beiden Ländern beleuchten Friederike Benda, Wolfgang Gehrcke und Siegfried Ransch. So allmächtig er erscheint, der US-amerikanische Kapitalismus bewegt sich auf dem absteigenden Ast. Das analysiert Erhard Crome in diesem Heft. In der bundesdeutschen Rüstungs- und Außenpolitik ziehen Merkel und Schulz gleichermaßen daraus die Schlussfolgerung: Jetzt sind wir gefordert! Deutschland muss den möglichen Ausfall der USA als „Schutzmacht“ Europas kompensieren. Der Trumpschen Losung „America first“ stellen die zwei ihre Parole „EU und NATO first“ gegenüber. Mit einer ausgefeilten anti-Trump-Rhetorik verdecken CDU und SPD, dass auch sie eine Politik betreiben, die in die gleiche Richtung zielt: Aufrüstung, Wirtschaftsliberalismus, Abschottung gegen Flüchtlinge. Werner Rügemer schaut genauer hin, welche Kräfte hinter Trump stehen.

Mit seiner ersten Auslandsreise als US-Präsident beehrte Donald Trump die NATO – nachdem er den Golf-Monarchien, dem Kopf-ab-Regime in Saudi-Arabien seine Aufwartung gemacht und sich mit 50 Regierungschefs des Nahen und Mittleren Ostens getroffen hat, denen er Waffen verkauft. Doch die europäischen Eliten atmen auf. Der Verbleib der USA in der NATO hat allerdings seinen Preis: Zwei Prozent vom Bruttoinlandprodukt pro Jahr für Rüstung. Die Eliten wollen mehr NATO, die politische Linke will, so wie die Friedensbewegung, raus aus der NATO, Abrüstung statt neuer Rüstung und ein kollektives europäisches, ziviles Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands.

Diese Positionen vertritt auch die Partei DIE LINKE. Ihre Bundestagsfraktion hat 2016 vor dem NATO-Gipfel in Warschau zum ersten Mal seit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1955 einen Antrag¹ für die Auflösung der NATO ins Parlament eingebracht. Nicht nur Konservative aus der CDU/CSU-Fraktion, was zu erwarten war, sondern auch SPD und Grüne halten an der NATO fest. Für die LINKE ist im Jahr 2017 Abrüstung die zentrale Frage. In ihr bündeln sich der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Frieden. Auch dazu hat sie einen Antrag² für den Bundestag erarbeitet, auf den wir hier verweisen. Etwas genauer beleuchten die Herausgeber in ihrem Artikel die Debatten unter Linken, teils auch Kontroversen, zur NATO in ihrem Artikel Plädoyer für einen Tabubruch.

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/086/1808656.pdf>

² <http://www.wolfgang-gehrcke.de/kontext/controllers/newsletter.php?id=161#a352>

Plädoyer für einen Tabubruch

DIE LINKE, die NATO und die Regierungsfrage

von Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann

Für eine kurze Zeit befand Donald Trump, die NATO sei „obsolet“ geworden. Das war zu Beginn des Jahres 2017, als die politischen Eliten in Westeuropa und besonders in Deutschland ohnehin zutiefst verunsichert waren wegen seines Wahlsiegs. Sie hatten auf Hillary Clinton gesetzt. Laute Stimmen warnten vor einer Annäherung der USA und Russlands. Inzwischen sind die Warnungen auf dem Lärmpegel markerschütternd, ohrenbetäubend angekommen.

Es ist gar nicht so lange her, dass die Aufforderung an die beiden „Supermächte“, doch miteinander zu reden und zu verhandeln, zum guten Ton gemäßiger Politik gehörte. Gespräche und Verhandlungen hatten ja auch stattgefunden, so zwischen Chruschtschow und Kennedy zum Abzug der russischen Raketen aus Kuba und von 1991 an zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zwischen den Präsidenten Clinton, George W. Bush, Obama und Jelzin, Tschernomyrdin, Putin und Medwedjew. Erinnert sei auch an die Beendigung des Vietnamkrieges, der zwischen den USA und Vietnam unter Assistenz der Sowjetunion und Chinas in Paris ausgehandelt wurde.

Doch in den ersten Wochen der Amtszeit von Donald Trump standen im Zentrum der Kritik durch die westlichen Eliten nicht etwa seine rassistischen und sexistischen Ausfälle, nicht sein Wahnsinn, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, er stand nicht vordergründig deshalb unter Beschuss, weil er die Ansätze einer Bankenregulierung zurückgenommen oder erlaubt hat, Kultstätten der Sioux zu gefährden, sondern wegen seiner Äußerungen zu Russland. Seine Andeutung, dass die US-Politik gegenüber Russland verbesserungswürdig und es kein Skandal sei, die Sanktionen abzumildern oder zurückzunehmen, forderten das erste personelle Opfer seiner Regierung in Person von Michael Flynn, Nationaler Sicherheitsberater. Er galt als russlandfreundlich und musste wegen Kontakten zum russischen Botschafter in Sachen US-Sanktionen zurücktreten. Im Mai 2017 gerät der Präsident selbst wegen des gleichen Themas in arge Bedrängnis.

Im Unterschied zu früher warnen tonangebende Kräfte der politischen Klasse diesseits und jenseits des Atlantiks nicht vor Sprachlosigkeit zwischen Moskau und Washington, als eigentliche Gefahr hingegen erscheinen vielmehr Gespräche der Präsidenten beider Staaten. Das Europa der EU und NATO nötigte die US-Administration zu einer Treueerklärung zur NATO. Der ist zunächst US-Vizepräsident Mike Pence auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 nachgekommen, im März dann Präsident Trump gegenüber Bundeskanzlerin Merkel und im April endlich auch gegenüber NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Jetzt geht es nicht mehr um Prinzipien, sondern um ... Geld!

Trotz alledem: Immer mal wieder zetteln auch Politiker der Partei DIE LINKE eine befremdliche Diskussion um die NATO an. So riet Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, seiner und unserer Partei, über „ihren Schatten zu springen“ und an der NATO-Frage eine aus seiner Sicht mögliche rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene nicht scheitern zu lassen. So sprach er im Sommer 2016, der NATO-Gipfel in Warschau vom 8. und 9. Juli 2016 war kaum vorbei, das Protokoll der Bundestags-sitzung vom 7. Juli – die Fraktion der LINKEN hatte mit ihrem Antrag zur Auflösung der NATO und Überführung in ein kollektives, ziviles europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands erstmals überhaupt eine Debatte um die NATO in jenem Hohen Hause durchgesetzt – noch nicht gedruckt. Ramelows Vorschlag hätte möglicherweise dann Substanz haben können, wenn jener NATO-Gipfel in Warschau eine Kurswende weg vom Kriegsverständnis, hin zu europäischer Sicherheit gebracht hätte. Doch das Gegenteil ist der Fall. Nach Warschau rückt die NATO noch näher an die russische Westgrenze vor mit vier Battlegroups, stationiert in Estland, Litauen, Lettland und Polen, eine davon wird von der Bundeswehr geführt. Seit Warschau arbeiten NATO und Europäische Union militärisch noch enger zusammen und größer wird der Druck auf die Mitgliedsländer, ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen. Für Deutschland bedeutet das eine Steigerung von derzeit 37 auf 62 Milliarden Euro pro Jahr. Der deutsche Rüstungsetat hätte dann in etwa die Größenordnung des russischen, der 2015 in Euro 61,7 Milliarden betrug. Die Zahlen sind Chiffren für ein gigantisches Aufrüstungsprogramm der NATO, von Bundeskanzlerin Merkel wohlwollend als Doppelstrategie aus Abschreckung und Dialog mit Russland dargestellt. Tatsächlich aber gibt NATO-Generalsekretär Stoltenberg das Ziel vor „...wir bewegen uns von der Rückversicherung zur Abschreckung“. Er hätte auch sagen können: Wir marschieren zurück in den Kalten Krieg. Nicht Akzeptanz der NATO durch die LINKE ist angesagt, sondern Widerstand.

Sich den USA und der NATO treu zu ergeben, war bislang Voraussetzung für jegliche Regierung bzw. Regierungsbeteiligung in Westeuropa. Daran hat sich nichts geändert. Aus diesem Grund bekannte sich die SPD 1959 in ihrem Godesberger Programm explizit zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und zur NATO. Aus dem gleichen Grund setzte sich Josef Fischer im Bundestagswahlkampf 1998, in dessen Ergebnis er Außenminister und Vizekanzler wurde, für die Westbindung als Konstante deutscher Außenpolitik und für die Osterweiterung der NATO ein. Die Wandlung der GRÜNEN von einer friedensbewegten zur Kriegspartei war eingeleitet. Seitdem dürfen sie mitregieren, egal mit wem, Hauptsache, links bleibt draußen und NATO drinnen.

Deutschland versteht sich als eine Mittelmacht im Werden, so formulierte es der heutige Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, als er noch Außenminister war. Eine Mittelmacht kann durchaus Weltgeltung erlangen – durch ihre wirtschaftliche, politische Macht, namentlich, wenn sie mit militärischer gepaart ist. Zugleich sind sich alle Bundesregierungen seit der deutschen Einigung bewusst, im Alleingang

kann Deutschland das nicht (mehr) erreichen. Der Weg zur Mittelmacht mit Weltgeltung führt über den Einfluss Deutschlands in internationalen Organisationen, so kann die eigene Macht sozusagen potenziert werden. Hierin liegt die Bedeutung der NATO (der EU, der UNO) für die herrschende Klasse in Deutschland.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land, daran hat sich seit Karl Liebknecht nichts geändert. Jener „Hauptfeind“ selbst freilich hat sich verknötet mit der Washingtoner Führung, mit EU und NATO. Sie bilden das Zentrum imperialistischer Strategie. Wer eines ihrer Teile in Zweifel zieht, wendet sich gegen das Ganze. Hierin liegt die Bedeutung linker NATO-Kritik. Das sehen die Herrschenden genauso. Deshalb geben sie sich alle erdenkliche Mühe, linke NATO-Kritik mundtot zu machen, ins Lächerliche zu ziehen, ganz sicher nicht publik werden lassen – oder sie so lange und mit so vielen Versprechungen zu schleifen, bis sie ganz kleinlaut geworden ist.

Kriegsbündnis NATO

Der Nordatlantikpakt wurde 1949 in Washington von den USA, Kanada und zehn westeuropäischen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Island und Portugal) gegründet, die Bundesrepublik Deutschland stieß 1955 dazu. Das proklamierte Selbstverständnis: Verteidigung des Bündnisterritoriums gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Vertrag, dem östlichen Gegenstück zur NATO. Weil die NATO Instrument des Kalten Krieges war, bestand die begründete Hoffnung, dass sie an dessen Ende, überflüssig geworden, verschwinden würde. Der Warschauer Vertrag löste diese Friedensdividende 1991 durch seine Selbstauflösung ein, die NATO nicht, sie hatte Größeres vor. Territorial weitet sie sich seitdem bis an die Grenze Russlands aus und strategisch nimmt sie die ganze Welt ins Visier.

Aus dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 und dem Strategischen Konzept von 1999 und 2010 ging eine NATO neuen Typs hervor: die NATO als Kriegsbündnis. Sie definiert den Schutz von „globalen Lebensadern der modernen Gesellschaften“ als Aufgabe und „Migrationsbewegungen“ als Bedrohung. Ihr Sinn und Zweck ist der freie Zugang zu den Ressourcen, die für die reichen Länder wichtig sind – und das mit oder ohne UNO-Mandat, über den Wendekreis des Krebses hinaus »out of areas« und mit der fortbestehenden Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Mehr Kriege, mehr Auslandseinsätze, eine gigantische neue Runde des Wettrüstens sind die Folge. Die NATO müsse „nachrüsten“, so die offizielle Lesart. Das ist dummes Zeug. Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI erfasste für das Jahr 2015 Rüstungsausgaben der NATO-Staaten in Höhe von 890 Milliarden US-Dollar, davon steckten allein die USA 608 Milliarden in die Rüstung, Russland war mit 66 Milliarden US-Dollar dabei. In anderen Worten: Der Militärhaushalt der USA ist fast zehnmal so hoch wie der Russlands, alle NATO-Staaten zusammen bringen über die Hälfte der weltweit für die Rüstung verpulverten 1676 Milliarden US-Dollar auf.

Auch in puncto Militärbasen gibt es signifikante Unterschiede. Russland hat 26 Stützpunkte in neun Ländern. Zwei davon befinden sich in Syrien, Tartous und Lattakia, die anderen an bisherigen Stationierungsorten der Roten Armee in den heutigen GUS-Staaten Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Weißrussland, Aserbaidschan sowie Abchasien und Südossetien. Die USA haben 1000 Militärbasen mit 250 000 Militärs in 100 Ländern; davon werden ca. 750 Militärbasen ständig genutzt und andere je nach Lage und Interesse mit Material und Menschen aus- oder abgebaut.

Konfrontation NATO-Russland

Russlands Außenpolitik und Militärstrategie sind defensiver Natur. Das heißt nicht, dass Russland eine pazifistische Politik verfolgte. Seine Regierung setzt auch Waffen ein, siehe Syrien oder Tschetschenien. Doch strukturell sind die US-amerikanische und die Außenpolitik der NATO pro-aktiv und die Russlands re-aktiv.

Die US-Administration nutzt in Europa ihre bestimmende Position in der NATO, um das EU-Europa wenigstens in Distanz zu Russland zu halten, möglichst gegen den Kreml in Stellung zu bringen. Warum stellt die NATO eine eigene Schwarzmeerflotte auf? Sie richtet sich eher nicht gegen die Anrainerstaaten Türkei, Bulgarien, Rumänien, Georgien oder die Ukraine. Die sind Mitglieder der NATO, mit ihr verbunden oder ganz auf ihrer Linie; bleibt: Russland. Und warum sollen in Europa erneut große Panzerheere aufgebaut werden? Zum Antiterrorkampf bestimmt nicht. Panzer sind Waffen für einen großen Bodenkrieg; bleibt: Russland. Die NATO nimmt an ihrer Ostgrenze den ballistischen Anti-Raketenschild in Betrieb, der uns doch, so die Mär von gestern, vor Atomraketen aus dem Iran schützen sollte. Der baut aber gerade keine; bleibt: Russland. Ausgeschaltet werden soll dessen atomare Zweitschlagkapazität, die angesichts einer drei- bis achtfachen konventionellen Überlegenheit der NATO, je nach Waffensystem, das russische Territoriums sichern soll. In großem Maßstab verlagert die NATO Truppen an die russische Grenze, hält dort umfangreiche Manöver ab, ballert aus allen Rohren und auf allen Kanälen ihre psychologische Kriegsführung ab. All das schafft ein Klima der nervösen Spannung, während Gesprächsmöglichkeiten abgeschaltet werden. Die G9 haben Russland ausgeschlossen, der Europarat dem Land das Stimmrecht entzogen. Der NATO-Russland-Rat kommt nach zweijähriger Unterbrechung zwar ab und an wieder zusammen, aber das Vertrauen ist nachhaltig zerstört. Drohungen, Aufrüstung und Sprachlosigkeit haben eine kreuzgefährliche Situation geschaffen. Ein bewaffneter Konflikt NATO – Russland, einschließlich einer nuklearen Eskalation, ist nicht mehr ausgeschlossen.

Auflösung der NATO oder Austritt?

Um die Kriege einzudämmen, ist jetzt Deeskalation auf allen Ebenen und in allen Bereichen nötig. Dazu hat sich die NATO nicht nur als unfähig erwiesen, sie hat die

brenzlige Lage verursacht und legt weiter Feuer, auch in Stellvertreterkriegen. Deshalb zielt eine linke Antikriegspolitik auf Auflösung der NATO oder Austritt. Die eine wie die andere Position wird in der Friedensbewegung und in der LINKEN vertreten. Für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives, ziviles Sicherheitssystem in Europa unter Einschluss Russlands spricht: Es räumt nicht nur eine große Gefahr ab, sondern baut zugleich eine neue, zivile, auf Recht und gegenseitigem Respekt begründete internationale Friedensordnung auf und berücksichtigt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Für Austritt spricht, er kann von einzelnen Ländern vollzogen werden. Jeder Austritt schwächt die NATO, delegitimiert sie und gibt insofern Frieden größere Chancen. So oder so, jede der zwei Varianten beginnt mit den ersten Schritten

Die LINKE ist Mitglied der Europäischen Linkspartei (EL), die 29 Mitglieds- und Beobachterparteien aus 22 europäischen Ländern vereint. Jede einzelne von ihnen und sie alle sind aktive Faktoren der Friedensbewegungen in ihren Ländern. Gemeinsam treten sie für die Auflösung der NATO ein, so steht es auch im Leitantrag, den sie auf ihrem Parteitag im Dezember 2016 in Berlin verabschiedet hat. Die Argumente gegen die NATO sind teils unterschiedlich gewichtet, sie haben einen je eigenen Zungenschlag, nicht aber einen anderen Kern. Beispiel: Frankreich. Die FKP ist dafür, das Militärbündnis durch ein kollektives Sicherheitssystem zu ersetzen, weil die NATO politisch und militärisch durch die Vereinigten Staaten dominiert sei und sich auf das Primat und die Logik des Krieges und der Macht gründe. Die Parti de Gauche fordert die Auflösung der NATO ohne kollektives Sicherheitssystem und den Austritt Frankreichs „ohne weitere Verzögerung“, weil „die NATO zu einem Aggressionswerkzeug der USA“ geworden sei.

NATO-Kritik nur in der Opposition?

In der Opposition kritisiert DIE LINKE die NATO und fordert ihre Auflösung sowie die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems. Aber bleibt sie dabei auch dann, wenn eine Regierungsteilhabe möglich wird? Unter Friedensaktiven gibt es ein latentes Misstrauen, dass DIE LINKE genauso umfallen wird wie die GRÜNEN. Hier ist unzweideutige Klarheit gefordert. Ebenso klar ist: Eine linke Regierungsteilhabe auf nationaler Ebene wird von potenziellen Partnerinnen, Partnern im Inneren wie vom Ausland, namentlich den USA, mit der Forderung verbunden werden, die deutsche Mitgliedschaft in der NATO nicht anzutasten. Das ist das große Tabu. Seine Verletzung hat noch keine (west-)europäische Regierung überlebt.

Festgelegt hat sich DIE LINKE darauf, sich nur an einer Bundesregierung zu beteiligen, die die deutschen Truppen aus dem Ausland zurückzieht. Aber sollten wir, wenn schon über Regierungsbeteiligung diskutiert wird, nicht auch Alternativen zur deutschen NATO-Mitgliedschaft in diese Debatte einbringen? Wir meinen: Ja!

Domestizierung durch Machtbeteiligung

Was die etablierten Parteien mit der Debatte über eine mögliche Regierungsbeteiligung der LINKEN erreichen wollen, formulieren ihre Spitzenpolitiker, wie SPD-Fraktionsvorsitzender Oppermann, ungeniert: Die LINKE solle ihr Spitzenpersonal wie Sahra Wagenknecht austauschen und endlich solche Positionen wie die Rücknahme der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen aufgeben. So will er DIE LINKE domestizieren. Der Spiegel formulierte es strategischer: Er nennt den Prozess der LINKEN Regierungsbeteiligung mit Blick auf Thüringen einen „Rationalisierungsprozess“, aus dem keine Partei so herauskommt, wie sie hineingegangen ist. Auf dieser Grundlage prophezeite der Spiegel der LINKEN schon 2014: „Aus radikalen Ideen werden pragmatische Ziele, dazu bilden die Geschichte der Grünen und der LINKEN Anschauungsunterricht. Neue Eliten bilden sich, für die das Projekt Machtbeteiligung das höhere Ziel ist, dem sich Randgruppen aus der Gründungsphase entweder unterwerfen oder durch Auszug entziehen.“ Nicht die Gesellschaft, sondern DIE LINKE soll verändert werden. Solange sie die NATO in Frage stellt, ist sie für die Herrschenden eine Provokation, wie etwa Henning Otte, CDU-MdB, der auf Wolfgang Gehrckes Rede zur Auflösung der NATO am 07. Juni 2016 im Bundestag antwortete: „Das, was wir eben aus diesem Hohen Hause, von diesem Rednerpult gehört haben, greift die Fundamente unserer Republik an.“

Für die LINKE hingegen gilt, die NATO nimmt sich das Recht, Länder und Regionen der Welt ihrer Selbstbestimmung und ihrer Entwicklung zu berauben. Im Verein mit der EU, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds führt sie wirtschaftlich und militärisch Krieg gegen die Armen. Mit dieser ganzen Richtung kann sich DIE LINKE nicht gemein machen. Sie muss mit ihr brechen. Sie darf (vielleicht zugesagte kleinere) Fortschritte im Sozialen hier bei uns nicht mit ihrer Zustimmung oder stillschweigenden Duldung der Zerstörung des Sozialen in anderen Ländern erkaufen.

Gilt das auch für Griechenland oder Portugal? Syriza, Mitglied der Europäischen Linkspartei, vertritt Anti-NATO-Positionen, die Syriza-Regierung aber hat die NATO-Frage noch nicht einmal berührt. In Portugal unterstützen die KP und Linksblock die PS-geführte Minderheitsregierung, obwohl jene nicht aus der NATO austritt. Zugleich sind Bloco und KP Motoren im Kampf gegen die US-Basen und gegen die großen NATO-Manöver vor ihrer Küste. So unterschiedlich die Bedingungen für Syriza und die beiden portugiesischen Linksparteien sind, in einem gleichen sie sich: Sie werden nicht von einer energischen, starken internationalen Bewegung begleitet und getragen. Alleingelassen können Parteien, Regierungen in den wirtschaftlich und politisch schwächsten europäischen Ländern nicht dem Kern imperialistischer Herrschaft, der NATO, den Kampf ansagen, ohne eine sofortige, gewaltsame (politische, wirtschaftliche bis hin zur militärischen) „Bestrafung“ einkalkulieren zu müssen und abzuwägen: Können sie diese Kraftprobe gewinnen?

Deutschland hingegen ist das Zentrum des Imperialismus in Europa. Hier als LINKE mitzuregieren und keine Schritte in Richtung Austritt/Auflösung der NATO zu gehen, verbietet sich, denn das würde nicht zuletzt die Erpressbarkeit der kleineren und schwächeren europäischen Staaten zementieren. Hinzu kommt, eine politische Wende in Deutschland kann schwerlich eingeleitet werden, ohne die eigene Verantwortung für zwei Weltkriege in der aktuellen Politik wirksam werden zu lassen, das hieße: Deutschland muss strukturell nichtangriffsfähig werden.

NATO – Gefahr für die Demokratie

Wer einmal Mitglied der NATO ist, kann sich eigentlich alles erlauben. Zum Beispiel die türkische Regierung unter Erdogan: Sie ist mit dem islamistischen Terror im Nahen und Mittleren Osten verbandelt, sie darf einen eventuellen Militärputsch mit einem realen Staatsstreich beantworten, alles offensichtlich kein Grund, die Zusammenarbeit in der NATO auf Eis zu legen oder aufzukündigen.

Für die NATO-Protagonisten kommt die Gefahr nicht von rechts, sondern von links. Die oben erwähnte Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Portugal durch die KP und den Linksblock war für den dortigen US-Botschafter, Robert Sherman, Grund genug Zweifel zu äußern, ob „Portugal weiterhin ein williges Mitglied“ der Koalition gegen den Terrorismus sei. Dabei sein reicht nicht, es muss „willig“ sein. Aus dem Mund eines US-Botschafters klingt das wie: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“. Das entspricht der Erfahrung vieler Länder und Regierungen – auch in Europa. Der grausame Bürgerkrieg in Griechenland direkt nach dem II. Weltkrieg etwa war von der CIA und dem britischen Geheimdienst entfesselt, unterstützt und gelenkt, um Griechenlands „Westbindung“ zu sichern. Und 1967, nach dem Putsch der Obristen, schwiegen die westeuropäischen Regierungen und die USA zu den zahllosen und äußerst grausamen Verfolgungen von Kommunisten und Linken, sie wollten sich gut stellen mit der Regierung des einzigen nicht-sozialistischen Balkanstaates an der NATO-Südflanke. Was die NATO-Geheimarmeen namens Gladio zwischen den 1950'er und 1990'er Jahren in Europa angerichtet haben, ob oder in welcher Form sie heute noch existieren, wurde nie vollständig aufgeklärt. Überall, auch in der Bundesrepublik, waren sie mit Neonazis verbandelt, Spuren von Gladio führen zum Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1981. Als sicher gilt, dass die Stay Behind Armee in Italien zwischen den 1960'er bis in die 80'er Jahre mehrere spektakuläre Bombenattentate und politische Morde verübten, um eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten, sie hatten damals um die 30 Prozent, zu vereiteln.

Die NATO war also nie nur ein Machtinstrument nach außen, sie war und ist es auch nach innen.

Antiimperialismus konkret

Antiimperialismus heute wäre: DIE LINKE wirbt viel lauter für die Auflösung der NATO und verbindet diese Idee mit den vielfältigsten Auseinandersetzungen, etwa: Geld für Soziales, Infrastruktur, Befreiung der Hochschulen von militärischer und double-use-Forschung, Kritik an TTIP und allen Formen einer Wirtschafts-NATO, Aufklärung, wie der militärisch-industriellen Komplex Land und Wirtschaft lenkt...Es gibt unendlich viele Zugänge zur NATO-Kritik.

DIE LINKE kann für die Auflösung der NATO werben, indem sie die Militarisierung der EU offenlegt, kritisiert und/oder indem sie konkrete Abrüstungsschritte vorschlägt, etwa den Abzug der in Büschel stationierten Atomwaffen. In Europa und zunehmend in Deutschland spielt der Kampf gegen US-Basen eine Rolle. Aus Symbolen der US-Vorherrschaft könnten sie zu Bildern von ihrer Verletzlichkeit werden, wenn die ersten geschlossen werden müssen, weil die Bevölkerung sie nicht mehr toleriert. Der Kampf gegen Basen ist direkte Kriegsverhinderung: Ohne Ramstein kein US-Drohnenkrieg in Nahen Osten und Afrika.

Eine nicht nur oppositions-, sondern auch (mit-)regierungstaugliche Anti-NATO-Strategie der LINKEN könnte außerdem erste Schritte wie diese beinhalten:

- Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO. Das haben Frankreich unter de Gaulle und Griechenland unter Karamanlis schon vorgemacht. Beide Länder haben in jener Zeit über alle politischen Fragen mitdiskutiert, auch Geld gezahlt, ihre Armeen aber nicht dem NATO-Kommando unterstellt.
- Die Bundeswehr steht nicht mehr für Auslandseinsätze zur Verfügung, sie beteiligt sich nicht mehr an NATO-Manövern, namentlich im Osten Europas.
- Statt den Rüstungsetat auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen, wird er fortlaufend jährlich um zehn Prozent gekürzt.
- Für die Anschaffung strategischer Offensivwaffen wie Drohnen fehlte dann das Geld, vor allem aber werden sie nicht angeschafft, weil die Bundeswehr auf strategische Nichtangriffsfähigkeit umgestellt wird.
- Parallel werden alle Möglichkeiten von Dialog und ziviler Konfliktlösung belebt und ausgebaut auf zwischenstaatlichen Ebenen (etwa OSZE auf der Basis der Charta von Paris) und gesellschaftlichen (etwa Umsetzung der UNO-Resolution 1325 zur Mitwirkung von Frauen in Friedensprozessen).

Über Schritte wie diese in Richtung Auflösung der NATO und für ein ziviles europäisches Sicherheitssystem sind gemeinsame Debatten in der Friedensbewegung, mit Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaften und christlichen Vereinigungen

dringend nötig; um die „pazifistische Grundhaltung“ der Bevölkerung, die den Herrschenden Sorge bereitet, zu stärken, und um Vertrauen zu entwickeln in die Idee: Die Überwindung der NATO ist möglich.

Bis zur deutschen Vereinigung buchstabierten über 70 Prozent der Bevölkerung West NATO als Sicherheit, derzeit sind es in Gesamtdeutschland nur noch knapp 50 Prozent. Immer noch prägen die Transatlantiker die deutsche Außenpolitik. Doch ihr Rückhalt in der Gesellschaft schwindet. In den 1950'er und 60'er Jahren forderten nur kleine Minderheiten „Ami go home“, heute wünschen sich große Teile der Bevölkerung eine selbständige und selbstbewusste Haltung Deutschlands zu den USA. Der Atlantikbrücke stehen harte Zeiten ins Haus. Und die Linke hat die Chance und die Pflicht, diese Trends zu einer kraftvollen Politik für Frieden zu verdichten. Schließlich geht es um nicht weniger, als einen großen Krieg zu verhindern.

Einige Fakten, Gedanken, kurze Passagen haben wir aus unserem jüngsten Buch übernommen:

Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann: *Deutschland und Russland – wie weiter? Der Weg aus der deutsch-russischen Krise*, edition berolina, 235 Seiten, 9,99 Euro.

Die USA und die Dilemmata der deutschen „Atlantiker“

von Erhard Crome

Trump gilt nach seinen Wahlkampf-Tiraden als Fremdenfeind, Frauenfeind, Rassist u.ä. Mit seinen innenpolitischen Positionen verbindet sich ein reaktionäres Programm, dessen Umsetzung vieles infrage stellen würde, das während der vergangenen Jahrzehnte in der inneren Entwicklung der USA erreicht wurde. Die Bewegungen für Frauenrechte, Bürgerrechte usw. in den USA wissen, wofür und wogegen sie aus Anlass von Trumps Amtseinführung demonstriert haben.

Etwas anderes ist es mit Anti-Trump-Demonstrationen außerhalb der USA. Dazu wurde auch in Europa aufgerufen, unter der Losung: „Nein zum globalen Trumpismus!“ Ein Komitee: „No to war – No to Nato“ aus Italien wandte dagegen ein, dass „eine Demo am 21. Januar gegen den neugewählten US-Präsidenten de facto einer Unterstützung derjenigen Politik Obamas entspräche, die Europa in die Frontlinie der nuklearen Konfrontation zwischen Nato und Russland umgewandelt hat.“ Trump werde beschuldigt, den Sieg gegen Clinton unrechtmäßig und mit Hilfe Russlands errungen zu haben. „Die Neocons, Urheber dieser Kampagne, versuchen auf diese Art und Weise einen wahrscheinlichen neuen Kurswechsel der Beziehungen USA-Russland zu unterbinden“. Verwiesen wurde dann auf die Entsendung einer US-Panzerbrigade nach Osteuropa, deren Zweck darin besteht, „die militärische Eskalation gegenüber Russland weiter voranzutreiben“. Die Schlussfolgerung des italienischen Komitees lautete daher: „Unter solchen Umständen stellen die für den 21. Januar geplanten Anti-Trump-Demos eine Unterstützung dieser Kriegsstrategie dar.“

Die Anti-Trump-Kampagne rückt Barack Obama in ein mildes Licht. Tatsächlich war er am Ende seiner Amtszeit sehr aktiv: ein letzter Besuch als Präsident der USA in Berlin, um gemeinsam mit Merkel und anderen Staats- und Regierungschefs die anti-russischen „Sanktionen“ zu verlängern; Deutschland forderte er auf, international eine größere Rolle zu spielen. Das meinte, sich Trump entgegenzustellen. In Washington veranlasste er Geheimdienstberichte, „russische Hacker“ hätten das Wahlergebnis zuungunsten von Hillary Clinton beeinflusst, und verwies russische Diplomaten des Landes. Zugleich schickte er eine US-Panzerbrigade quer durch Deutschland nach Polen und verschärfte so die Beziehungen zu Russland weiter. Zum selben Zwecke reiste Vizepräsident Joe Biden noch einmal nach Kiew, um die ukrainische Regierung der Unterstützung der hinter ihm stehenden Kreise zu versichern.

Deutsche Medien verschreien Trump unisono, seine politischen Positionen, seine Person. Die reicht von *Der Spiegel* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bis hin zu *TAZ* und *Neues Deutschland*. So viel Übereinstimmung sollte stutzig machen. Die *Berliner Zeitung* (23. Januar 2017) etwa berichtete über die Demonstrationen gegen Trump am 21. Januar in den USA unter der Überschrift: „Das andere Amerika“. Im

Text hieß es: „Letztlich geht es dabei um die Frage, wer die amerikanischen Werte vertritt – Donald Trump und seine Anhänger mit ihrem absoluten Bekenntnis zu 'America First' oder die Bewegung derjenigen, die die USA als weltoffenes, multi-kulturelles und liberales Land mit internationaler Verantwortung verstehen.“ Letzteres ist im Jargon der derzeitigen deutschen Bundesregierung das Setzen auf Druckpolitik, Militär und Kriegseinsätze, wie sie die USA unter Obama praktiziert haben. Anders gesagt: Der deutschen Leserschaft wird suggeriert, die 1,5 Millionen Menschen, die in den USA gegen Trumps Präsidentschaft demonstriert haben, hätten dies auch für Panzer an der russischen Grenze und Regime-Change-Kriege der USA getan.

Spätestens an dieser Stelle ist eine friedenspolitische Analyse gefordert, die sich von imperialismus-theoretischen Positionen leiten lässt. Auch wenn manche Journalisten inzwischen über „Trump-Versteher“ höhnen, wie es etliche der Zunft seit Jahren mit „Putin-Verstehern“ gemacht haben, ist dringend vonnöten zu erfassen, was in den USA derzeit vorgeht.

Dazu gehört erstens: Der US-Präsident ist in seinem Selbstverständnis neben der Verfassung und seinen Wählern nur Gott verantwortlich. Jede Vorstellung, es könnte einen US-Präsidenten geben, der von einem anderen Staat oder seinem Staatshaupt abhängt (gemeint ist heute der russische Präsident Putin), ist völlig absurd. Zumindest solange die USA so mächtig sind, wie sie es sind. Deshalb ist auch der naive Satz, niemand solle erwarten, Trump sei eine Friedenstaube, eine Nullaussage. Von keinem römischen Kaiser war je Anderes als Imperialpolitik zu erwarten. Die Frage ist nur: Welche ist es nun, mit welchen Folgen für die Welt?

Zweitens führt alle Psychologisierung, die die Politik Trumps aus seiner Psyche, seiner Kindheit usw. ableiten will, ins Nichts. Seit Jahrzehnten gibt es Elaborate zu Hitlers Psyche oder der Stalins. Das mag biographisch dies oder jenes erklären, wir lernen daraus aber nichts über das Wesen des Faschismus oder des Stalinismus. Deshalb sollten auch in Sachen Trump zuerst die gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet werden. Einen wichtigen Hinweis hat kürzlich Thomas Kuczynski gegeben: „Friedrich Engels hat einmal gesagt: Die Geschichte macht ihre großen Männer. Trump kommt in einer instabilen Situation an die Macht. In solchen instabilen Situationen können die Entscheidungen einzelner Personen immense Bedeutung erlangen. Trump wird nicht das grundsätzliche Problem des amerikanischen Kapitalismus lösen. Aber er kann als Zünglein an der Waage die USA in eine bestimmte Richtung drücken.“ (*Berliner Zeitung*, 21./22. Januar 2017)

Drittens haben Alarmismus und falsche Zuschreibungen irrige Schlüsse zu Folge. Zu den Etiketten, mit denen Trump bereits während des Wahlkampfes versehen wurde, gehört auch die, er sei „Faschist“. Das bedarf genauerer Betrachtung. Trumps linksliberale Gegner im In- und Ausland haben die Etikettierung freudig

übernommen und wiederholen sie voller Eifer.³ Sie stammt jedoch von Robert Kagan. Der Text ist mit „Herrschaft des Mobs“ überschrieben und suggeriert im Untertitel: „Mit Donald Trump kommt der Faschismus nach Amerika“.⁴ Bereits im Titel werden die Wählerinnen und Wähler beschimpft, schon weil sie anders denken (und wählen), als der Autor meint, dass sie sollten.

Nun ist Kagan nicht irgendwer. Er gilt als ein Vordenker der sogenannten Neokonservativen. Der streitbare Schriftsteller und Publizist Gore Vidal schrieb einst sehr ironisch über diese Leute: „Als ich 1972 meine Vortragstour in der Political Union in Yale begann, bestand das Publikum hauptsächlich aus glutäugigen zukünftigen Neokonservativen, wenngleich es diesen Begriff seinerzeit noch nicht gab. Die Erfinder des Neokonservatismus waren noch samt und sonders [...] Trotzkiten, die es im Verlagswesen zu etwas bringen wollten.“⁵ Sie waren strikt antikommunistisch und antisowjetisch und fest entschlossen, die Welt aktiv zu verändern. Das Verlagswesen füllte sie nicht aus und etliche gingen in die Politik. Das Credo brachte nach dem Ende des Kalten Krieges Francis Fukuyama mit dem Begriff von einem „Ende der Geschichte“ auf den Punkt: Es konnte nur noch den „demokratischen Kapitalismus“ geben, der weltweit durchzusetzen sei. Und die USA seien berufen, dabei die Führerschaft zu übernehmen. Sie sind die Verfechter von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit. Staaten, die sich dem entgegenstellen, sind „Schurkenstaaten“, gegen die gegebenenfalls auch militärisch vorzugehen sei.

Im Jahre 1997 wurde das „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“ (PNAC) gegründet als neokonservative Denkfabrik mit Sitz in Washington D.C., die für eine weltweite Führerschaft der USA werben und Konzepte dafür ausarbeiten sollte. Zu den Mitgliedern gehörten Dick Cheney, der 2001-2009 Vizepräsident unter George W. Bush war, Donald Rumsfeld, 2001-2006 der Verteidigungsminister von Bush, Paul Wolfowitz, 2001-2005 stellvertretender Verteidigungsminister und danach Weltbank-Direktor, Richard Perle, 2001-2003 Präsidentenberater, und Jeb Bush, Bruder des George W. Bush. Richard Perle war Mitbegründer und einer der Vorsteher des PNAC, Robert Kagan bald das öffentlichkeitswirksamste Gesicht. Der Afghanistankrieg der USA und des Westens nach dem 11. September 2001 und vor allem der Irak-Krieg ab 2003 waren direkter Ausfluss der Vorstellungen dieser Neokonservativen von einer aktiven militärischen Veränderung der Welt durch Kriege der USA, „Regime Change“ im Namen der Demokratie und Menschenrechte als Sinn und Ziel US-amerikanischer Außenpolitik. Dazu gehörten weiter die Aufkündigung der einst mit der Sowjetunion geschlossenen Verträge über die Begrenzung der nuklear-strategischen Waffensysteme, die Osterweiterung der NATO, um

3 So auch die Blätter für deutsche und internationale Politik. Claus Leggewie: *Faschismus mit amerikanischem Antlitz? Trumps Schatten über Amerika und der Welt*, in: Heft 12/2016, S. 45-55.

4 *Der Spiegel* hat den Text in Nr. 22/2016, S. 138f. abgedruckt.

5 Gore Vidal: *Die vergessliche Nation. Wie die Amerikaner ihr politisches Gedächtnis verkaufen*, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 2004, S. 10.

Russland möglichst weit nach Osten zurückzudrängen, sowie die Politik der Kriegsdrohungen gegen den Iran.

Das PNAC wurde 2006 aufgelöst. Seine Positionen waren als „neuer Imperialismus“ ins Gerede gekommen und die Protagonisten brauchten es nicht mehr, saßen sie doch an den Schalthebeln der Macht. Kagan publizierte weiter in einflussreichen Zeitungen und Zeitschriften, 2008 war er außenpolitischer Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain, der nach wie vor einer der schärfsten Gegner Trumps innerhalb der Republikanischen Partei ist, und 2012 des ebenfalls gegen Obama glücklosen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney. Kagans Frau ist Victoria Nuland, die bis Januar 2017 stellvertretende Außenministerin der USA mit Zuständigkeit für Europa und Eurasien war, öffentlich bekannt geworden 2014 durch den „Fuck the EU“-Spruch, als gerade der von ihr maßgeblich mitinitiierte Regimewechsel in der Ukraine auf Hochtouren lief. Sie verkörpert wie kaum jemand anderes die Kontinuität der interventionistischen Linie der Außenpolitik der USA, wie sie der Neokonservatismus erstrebt. Sie war unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton Stabschefin des stellvertretenden Außenministers Strobe Talbott, dem republikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney diente sie als sicherheitspolitische Beraterin, war Repräsentantin der USA bei der NATO und diente zuletzt Barack Obama als stellvertretende Außenministerin.

Trump hatte bereits im Wahlkampf angedeutet, mit dieser Interventionspolitik zu brechen. Deshalb stellt die „Faschismus“-Keule den Versuch dar, Trump möglichst definitiv zu verunmöglichen. Was das Thema Lügen anbetrifft, schrieb Gore Vidal: „Jimmy Carter versicherte uns naiven Toren bei seinem ersten Anlauf aufs Präsidentenamt, er werde in dieser Position 'niemals lügen'. Als der sehr kluge Senator Frank Church das hörte, tat er den großen theatralischen Ausruf: 'Damit würde Carter ja das Wesen der Politik leugnen!'“⁶ Auch Populismus hat es in den USA immer gegeben. „America First“ ist Nationalismus. Im Schlussteil seiner Rede an den Kongress sagte der Präsident, nachdem er Ziele bis 2026, dem 250. Jahrestag der USA umrissen hatte: „Wenn wir all dies erreicht haben, dann werden wir Amerika größer gemacht haben, als es je zuvor war. Für alle Amerikaner.“⁷ Aber das ist kein Nationalismus, der von Hitler oder Mussolini kommt, sondern vom amerikanischen „Exzeptionalismus“, dem Selbstverständnis, die USA seien die von Gott verheißene „leuchtende Stadt auf dem Berge“. Alles, das während des Wahlkampfes und der bisherigen Präsidentschaft von Donald Trump geschehen ist, belegt weder das „Faschismus“-Verdikt noch die Halluzination einer „rechten Internationale“. Trump erklärt nicht Le Pen, Orbán oder die AfD, wie diese nicht Trump erklären können. Der ist US-amerikanisches Eigengewächs.

Die Rechten in den USA waren schon immer „sehr rechts“. Nur schienen sie wäh-

6 Gore Vidal: *Das ist nicht Amerika! Essays*, München: Albrecht Knaus Verlag 2000, S. 30.

7 *Donald-trump-speech-transcript-full-text*, S. 10.

rend der Obama-Zeit politisch nicht mehr relevant. Die linksliberalen, global orientierten, modernisierten Milieus wählten sich nach der Wahl Obamas dauerhaft auf der Gewinner-Seite, die hinterwäldlerischen Reaktionäre dagegen strukturell und politisch geschwächt. Gore Vidal beschrieb die Grundsituation so: „Für einen knallharten Konservativen [sind] 'Recht und Ordnung' im Allgemeinen eine verklausulierte Umschreibung für 'Sperrt die Schwarzen ein'. Unser Ziel war es, jene Leute, die von magersüchtigen, hohlläugigen Blondinen im Fernsehen als 'liberale Elite' bezeichnet werden, zu einer vorsichtigen – das heißt allmählichen – Beseitigung der Armut zu bewegen. Alles darüber Hinausgehende hätte man als 'Kommunismus' abgetan, propagiert von Einfaltspinseln. Schließlich haben wir, gelinde gesagt, in den Vereinigten Staaten nur eine einzige politische Partei, die Partei des Eigentums, mit zwei rechten Flügeln, den Republikanern und den Demokraten. [...] Republikaner sind oft dümmer und verbohrter als Demokraten, die dafür gerisener sind, ein wenig korrupter, jedoch willens, kleine, sehr kleine Verbesserungen zuzulassen, wenn es um die Armen, die Schwarzen und die Antiimperialisten geht.“⁸ Alles dies finden wir in den heutigen Konflikten und Entwicklungen wieder.

Mit den Verbesserungen für die Schwarzen und überhaupt die Minderheiten hat es – seit dies geschrieben wurde – zumindest auf der Ebene symbolischer und bürgerrechtlicher Politik einige Fortschritte gegeben. Die Armen dagegen, zumal die weißen „Working Poor“ stehen in großer Zahl ärmer da als zuvor, nicht zuletzt im Gefolge der Globalisierung. Und die, die hier „Antiimperialisten“ geheißen werden, durften sich an den Interventionskriegen nicht nur von Bush, sondern auch Obamas erfreuen. Insofern haben sowohl die Wahl von Trump als auch die oft verstörenden politischen und medialen Auseinandersetzungen ihre Wurzeln und Hintergründe in den historisch gewachsenen Verhältnissen der USA.

Herausforderung Strategiewechsel

Grundproblem der USA ist ihre „imperiale Überdehnung“ (Paul Kennedy). Mit den Niederlagen in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak unter Präsident George W. Bush haben die USA den Zenit ihrer globalen Macht überschritten. Es war an Obama, den historischen Rückzug aus Sicht der herrschenden Klasse so zu gestalten, dass die USA „ihr Gesicht nicht verlieren“ und sie ihre Interessen so weit wie möglich international durchsetzen.

Das hat er nicht getan. Aus dem Irak sind die USA offiziell abgezogen; tatsächlich haben sie Chaos hinterlassen und tausende Bewaffnete, offiziell als Militärausbilder oder im Auftrage von privaten Sicherheitsfirmen, sind nach wie vor dort im Einsatz. In Afghanistan kämpfen noch immer westliche Truppen, doch die Lage ist weiter unbeherrschbar. Mit dem Libyen-Krieg wurde unter Beteiligung der USA und auf maßgebliches Betreiben der damaligen Außenministerin Hillary Clinton ein weite-

⁸ Gore Vidal: *Die vergessliche Nation*, S. 8f. Dieser Text ist aus dem Jahre 2004.

rer Staat zerstört. Die Regime-Change-Politik der USA und ihrer Verbündeten in Syrien trug zur Eskalation des Krieges und zur Zerstörung des Landes bei. Der Drohnenkrieg gegen Länder, mit denen sich die USA gar nicht im Krieg befinden, etwa gegen Pakistan und Jemen, stellte eine weitere völkerrechtswidrige Ausweitung der Kriegszonen dar.

Hier ist anzumerken: Nachdem Franklin D. Roosevelt die USA in den zweiten Weltkrieg geführt hatte und unter seinem maßgeblichen Einfluss die UNO gegründet wurde, begann die lange Phase „internationalistischer“ Politik der USA, gekennzeichnet durch Globalstrategie und militärische Interventionen. Zu den Eigenheiten gehört, dass es Demokraten waren, die die USA in Kriege führten: Wilson in den ersten Weltkrieg, Roosevelt in den zweiten Weltkrieg, Truman in den Korea-Krieg, Kennedy und Johnson in den Vietnam-Krieg. Und es waren „reaktionäre“ Republikaner, die Kriege beendeten: Eisenhower den Korea-Krieg, Nixon den Vietnam-Krieg. Insofern war George W. Bush unter dem Einfluss der neokonservativen Einflüsterer und der Öl-Lobby mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak die Ausnahme, während Obama mit den Kriegen in Libyen und Syrien und der Druckpolitik gegen Russland wieder dem Muster entsprach.

Henry Kissinger, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, hatte bereits kurz nach Ende des Kalten Krieges betont, dass es eine unilaterale Welt nicht geben könne. Die USA sind nach dem Kalten Krieg erstmals in einer Situation, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete „Realpolitik“ unter der Voraussetzung einer „Balance of Power“ – also nicht eine neue Imperialpolitik. Bereits der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt.⁹ Zu den Eigenheiten bisheriger US-amerikanischer Politik gehört, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw. Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufgeladen zu haben und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“.

Mit Donald Trump hat die Kissinger-Idee einer „realistischen Außenpolitik“ mit einem Vierteljahrhundert Verspätung Eingang in die außenpolitische Debatte gefunden. Und sie trägt stark isolationistische Züge. In der aktuellen Politikwissenschaft gilt auch der „Realismus“ als altmodisch und überholt, fragt er doch nach Machtinteressen und Machtpositionen im Streben nach Sicherheit, während die „internationalistischen“ Interventionisten angeblich vor allem nach „Werten“ fra-

9 Henry A. Kissinger: *Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten*, in: *Europa-Archiv*, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

gen, wo doch Macht, Einfluss, Märkte und Ressourcen angezielt sind. Damit ist der „Realismus“ aber auch kompromissfähig. Eine „realistische Außenpolitik“ kann sich auf Eisenhower, Nixon und Reagan berufen und steht in einer alten konservativen Tradition der USA. In diesem Sinne ist Trumps „America First“ etwas Neues, das an frühere Traditionen US-amerikanischer Außenpolitik wieder anzuknüpfen verspricht.¹⁰

Im Schnittpunkt dreier Zyklen

In der derzeitigen Lage der USA kumulieren drei welthistorische Zyklen:

- Die nordatlantische Welt des weißen Mannes, die fünfhundert Jahre lang die Welt beherrschte, verliert an Bedeutung. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft und damit auch von Macht und Einfluss verlagert sich Schritt für Schritt nach Asien.
- Die Supermacht USA hat den Zenit ihrer Macht überschritten.
- Die Versprechungen der Neoliberalen und der von ihnen gepredigten Verheißungen der Globalisierung erweisen sich nach über dreißig Jahren als hohl und leer.

Nach dem Ende der Sowjetunion und des Kalten Krieges wurde unter Bill Clinton die Globalisierung gefeiert, die statt der Nationen und des trennenden Nationalismus „eine einzige, vernetzte Welt herstellen sollte“. Unter Linken besorgten Negri und Hardt mit ihrem „Empire“-Konzept (2000) eine entsprechende Anpassung, um die intellektuelle, politisch korrekte liberale Linke für den neoliberalen Geist des Globalismus kompatibel zu machen.

In diesem Kontext entstand unter Linken die Vorstellung eines globalisierten Kapitalismus oder eines globalisierten finanzkapitalistischen Systems, in dem eine transnationalisierte kapitalistische Klasse entstanden sei.¹¹ Die USA wären unter dieser Perspektive nicht nur (die letztlich verbliebene) Supermacht, sondern eine Art „Globaler Hegemon“, dessen militärische und politische Macht das Funktionieren des Gesamtsystems gewährleiste.

Abgesehen davon, dass schon die Wirkung der beiden ersten Zyklen die Dauerhaftigkeit eines solchen Weltgefüges ausschließt, gab es von Anfang an einen tiefen inneren Widerspruch in den Rollen der USA: den Widerspruch zwischen einer de-

¹⁰ Vgl. Erhard Crome: *Für eine nicht-hegemoniale Verantwortung Deutschlands*, in: Raimund Krämer: *Zwischen Hegemonie und Verantwortung. Die Linke und die deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert*, Potsdam: Verlag WeltTrends 2016, S. 133-138.

¹¹ Zur Auseinandersetzung damit siehe: Erhard Crome: *Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie*, in: Erhard Crome/Raimund Krämer (Hrsg.): *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 197ff.

mokratisch verfassten Republik und den Anforderungen an ein Imperium. Chalmers Johnson schrieb dazu: „Da der Militarismus, die Arroganz der Macht und die zur Rechtfertigung des Imperialismus notwendigen Euphemismen unweigerlich mit den demokratischen Regierungsstrukturen der Vereinigten Staaten kollidieren und die amerikanische Kultur und Grundwerte aushöhlen, hege ich eine große Befürchtung: Das amerikanische Volk wird sein Land verlieren.“¹² In gleichem Sinne stellte Emmanuel Todd fest, dass die USA zwischen „zwei Wirtschafts- und Gesellschaftsformen geschwankt“ haben: „Nation auf der einen Seite und Weltreich auf der anderen Seite. Amerika hat keineswegs alle nationalstaatlichen Merkmale verloren, und als Weltreich wird es scheitern. Aber es ist offensichtlich, dass sich zwischen 1990 und 2000 die Entwicklung in der imperialen Richtung beschleunigt hat, vor allem zwischen 1994 und 2000.“¹³ Das heißt unter der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton, der so nachdrücklich die Vorzüge der Globalisierung gepriesen hatte.

Tatsächlich hat die Globalisierung die innere Struktur der USA „tiefgreifend verändert, ihre Wirtschaftskraft geschwächt und ihre Gesellschaft deformiert“. Die Abhängigkeitsverhältnisse haben sich umgekehrt; mit den riesigen, dauerhaften Handelsbilanz-Defiziten sind die USA von der übrigen Welt stärker abhängig als umgekehrt.¹⁴ Der mit der Globalisierung verbundene Freihandel bringt „die aktiven Bevölkerungsteile aller Länder der Welt zueinander in Konkurrenz [...] mit der Folge, dass die Löhne sinken und die Nachfrage weltweit stagniert“. Innerhalb einer jeden Gesellschaft stellt sich ein Grad an Ungleichheit ein, „der den Einkommensunterschieden zwischen den Reichen in den reichen Ländern und den Armen in den armen Ländern entspricht“.¹⁵

Mit anderen Worten: Die Arbeiter und Kleinunternehmer in den USA haben die Kosten der imperialen Rolle des Landes getragen, ein wachsender Teil der zuvor wirtschaftlich aktiven Bevölkerung wurde „überflüssig“ gemacht, weil die Arbeitskosten in Mexiko und China niedriger sind. Die Vorteile jedoch wurden von den Reichen des Landes in Anspruch genommen, die Arm-Reich-Schere ging immer weiter auf. Der Teil der „abhängig Beschäftigten“, der in den modernen Bereichen der Dienstleistungen, der Informatik, Computertechnik, Film- und Medienbranche usw. beschäftigt ist, partizipierte allerdings ebenfalls an diesen Entwicklungen. Charakteristisch ist, dass die Gewinnerregionen (vor allem an den Küsten) und die Verliererregionen (überwiegend im Landesinneren) auch regional unterscheidbar sind. Bei den Wahlen 2016 sind die beiden Pole erstmals offen und hart aufeinander gestoßen. Ein erheblicher Teil der Wählerschaft hat die sich aus der demokrati-

12 Chalmers Johnson: *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, München: Goldmann Verlag 2004, S. 23.

13 Emmanuel Todd: *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München/ Zürich: Piper Verlag 2003, S. 103.

14 Ebenda, S. 30f.

15 Ebenda, S. 41.

schen Republik ergebende Möglichkeit genutzt, um gegen die Fortsetzung der imperialen und globalen Politik zu stimmen. In diesem Sinne stellen die Positionsbestimmungen Trumps einen Bruch mit der spätestens seit Franklin D. Roosevelt vorherrschenden „internationalistischen“ Linie dar. Selbst wenn er scheitert, bleiben die inneren Widersprüche, die zu seiner Wahl führten, und der grundlegende Widerspruch zwischen demokratischer Republik und Imperium bestehen.

Zwei Machtblöcke

Bereits in einer eher frühen Phase seiner Wahlkampagne, am 27. April 2016, hielt Donald Trump im Mayflower-Hotel in Washington vor ausgesuchtem Publikum seine außenpolitische Grundsatzrede, in der er verkündete, was er als Präsident tun würde. Es gehe um Frieden und Wohlstand und deshalb um „eine neue außenpolitische Richtung“, in der „Ziellosigkeit durch Zweckgerichtetheit, Ideologie durch Strategie und Chaos durch Frieden“ ersetzt werden. Die USA hätten es nach dem Kalten Krieg nicht verstanden, „eine neue Vision für eine neue Zeit“ zu entwickeln. An die Stelle logischen Handelns traten „Torheit und Arroganz“, die die Außenpolitik „von einer Katastrophe zur nächsten“ führte. Im Nahen Osten führte das vom Irak zu Libyen und schließlich zu Obamas Linie in Syrien. Offen kritisiert er Obama und Hillary Clinton, die als seine Außenministerin dafür mitverantwortlich war; in der Sache war es auch eine Kritik an der Außenpolitik der Bush-Familie und der „Neo-Konservativen“. Diese Politik stürzte die gesamte Region des Nahen Ostens ins Chaos und gab dem sogenannten Islamischen Staat überhaupt erst Raum zur Entfaltung. Das „alles begann mit der gefährlichen Idee, wir könnten aus Ländern westliche Demokratien machen, die weder Erfahrungen damit hatten noch daran interessiert waren, westliche Demokratien zu werden“.

Der Grundbefund lautete: die USA seien geschwächt, weil ihre Ressourcen überdehnt sind. Sie seien militärisch geschwächt, weil sie wirtschaftlich geschwächt sind. Eine wirtschaftliche Stärkung sei deshalb unausweichlich, um militärisch und außenpolitisch wieder stark zu werden. Eine kohärente Außenpolitik der USA müsse daher auf den amerikanischen Interessen und denen ihrer Verbündeten beruhen. Dazu müsse das Land „aus dem Geschäft des nation-building“ in anderen Ländern „aussteigen“ und auf „Stabilität in der Welt“ zielen. Im Nahen Osten müsse der Terrorismus zerschlagen werden und zugleich „die regionale Stabilität, nicht der radikale Wandel“ gefördert werden. Die Spannungen mit Russland müssten verringert und die Beziehungen verbessert werden, der „Zyklus der Feindschaft“ müsste beendet werden. Die „antiquierte Mission und Struktur“ der NATO, „die noch aus dem Kalten Krieg stammen“, sollen den veränderten Bedingungen angepasst werden. Auch in Bezug auf China betonte Trump die Notwendigkeit guter Beziehungen, allerdings unter der Voraussetzung einer Reduzierung des Außenhandelsdefizits der USA gegenüber der Volksrepublik.

Die „westlichen Werte“ sollten in der Welt nicht durch militärische Interventionen,

sondern durch die Attraktivität der Länder des Westens verbreitet werden, die auf wirtschaftlicher Leistung beruht. Hier sieht Trump den Nationalstaat als das Grundelement der Entwicklung. Das Volk der USA werde „den falschen Gesängen des Globalismus“ nicht länger folgen. Unter seiner – Trumps – Präsidentschaft werde es keine internationalen Abkommen geben, die die Fähigkeit der USA, „die eigenen Angelegenheit zu kontrollieren, beeinträchtigen“. Das meinte vor allem TTIP (www.donaldjtrump.com). Für die Trumpsche Position wie für die von Obama und Clinton gibt es ökonomische Begründungen in den Kapitalinteressen der USA. Die Entscheidung zwischen beiden war in der Sphäre der Politik zu fällen.

Die Wahl Trumps ist ein wesentlicher Schritt, ein Stolpern jedoch ist noch nicht ausgeschlossen. In seiner Rede an den Kongress am 28. Februar betonte er dem Grunde nach die Positionen, die er schon im April 2016 umrissen hatte. Zunächst im Sinne der üblichen USA-Rhetorik: „Freie Nationen sind der beste Weg, um den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen“, setzte jedoch hinzu: „Amerika respektiert den Willen aller Nationen, ihren eigenen Weg zu gehen“. Das war die Bekräftigung der Ablehnung von Regime-Change-Kriegen, ohne dass das Wort fiel. „Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen“, unterstrich er, und weiter: „Wir wollen Harmonie und Stabilität, nicht Krieg und Konflikt. Wir wollen Frieden.“ Der Kernsatz lautete: „Meine Aufgabe ist es nicht, die Welt zu repräsentieren. Meine Aufgabe ist es, die Vereinigten Staaten von Amerika zu repräsentieren.“¹⁶

Seit Amtsübernahme Trumps liegt TTIP in der von Obama, Merkel u.a. erstrebten Richtung „im Gefrierschrank“, wie es in Brüssel hieß, und dürfte damit erledigt sein; das Transpazifische Abkommen TPP wurde aufgekündigt, das nordamerikanische NAFTA-Abkommen soll neuverhandelt werden. Die Exportüberschussländer, wie China und Deutschland fürchten eine Suspendierung oder ein Unterlaufen der WTO, der internationalen Handelsordnung. Die Bündnisverpflichtung in der NATO wurde inzwischen bekräftigt, noch weiß jedoch niemand in Europa, was das konkret bedeutet. Die Regierenden in Kiew, die von der Obama-Administration gezielt zum Putsch angestachelt wurden, wissen nicht, ob sie auch künftig auf Washingtons Spesenliste stehen. Nachdem der Westen die Ukraine-Krise ausgelöst hatte, war nicht klar, ob das Hinüberziehen der Ukraine aus dem Einflussgebiet Russlands in den Orbit von EU und NATO eine US-Politik (von Obama und Clinton) ist, die von der EU bezahlt werden soll, oder eine deutsche bzw. „europäische“, für die die USA das militärische Drohpotential im Hintergrund zur Verfügung stellen. Sollte sich jedoch jemand in Berlin darauf kapriziert haben, neue deutsche Weltpolitik gestützt auf US-amerikanisches Militär machen zu wollen, dürfte sich dies als Schimäre erweisen.

Das „America First“ bedeutet eine Schwerpunktsetzung auf Innenpolitik und Wirtschaft; „Make America work again“ war eine Tageslosung auf Trumps Wahlpartei-

¹⁶ *Donald-trump-speech-transcript-full-text, S. 9.*

tag. Das hat unter Umständen einen Wirtschaftskrieg gegen China zur Folge (vielleicht auch Restriktionen gegen das deutsche Exportmodell), nicht aber einen Schießkrieg gegen Russland. Eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland konnte von der Gegenseite jedoch bislang verhindert werden. Die Obama-Administration in ihren letzten Tagen hat mit der Konstruktion, Trump sei wegen russischer Einmischung ein illegitimer Präsident, nicht nur die Wahlniederlage von Hillary Clinton und der Demokratischen Partei kaschieren wollen, sondern auch versucht, ihm dauerhaft das Regieren zu erschweren und insbesondere einen außenpolitischen Kurswechsel zu verhindern. Diese Linie trifft auf die faktische Unterstützung jenes Teils der Republikanischen Partei bzw. ihrer Abgeordneten im Kongress, die weiterhin mehr oder weniger offen gegen Trump oder antirussisch aufgestellt sind oder beides, sowie jenes Teils der Apparate der Geheimdienste und des außenpolitischen Dienstes, die eine Abwendung vom globalistischen Interventionismus verhindern wollen, wenn es sein muss, auch gegen einen gewählten Präsidenten.

Seit Trump es ernst meint, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer errichten zu lassen, und dekretierte, Bürger aus sieben islamischen Staaten nicht in die USA einreisen zu lassen, wogten Großdemonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus durch die USA und andere Länder. Europäische Staatsmänner und -frauen und die bürgerliche Medienwelt überbieten sich im Wettlauf um größtmögliche Trump-Verteufelung. Zwischen den Herrschenden und weiten Teilen der Bevölkerung waltet Einmütigkeit: Alle gegen Trump! Für die Herrschenden diesseits des Atlantiks eine äußerst bequeme Situation: Die Demonstrierer in den EU-Ländern haben einen Feind weitab. Derweil halten sich Proteste gegen den Beschluss des EU-Gipfels, Flüchtlinge, die aus Nordafrika über das Mittelmeer kommen, wieder dorthin zurückzuschaffen und nicht mehr nach Europa zu bringen, in engen Grenzen. Dass die deutsche Exportindustrie befürchtet, durch Trumps „America First“-Politik Einbußen zu erleiden, wird von deren Vertretern und der Bundesregierung immer lautstärker betont. Auch dies scheint in die Anti-Trump-Strömung zu passen und etliche Linke vergessen ihre Kapitalismus-Kritik. Die EU soll gegen Trumps „Nationalismus“ gestärkt werden. Dass dies ein eigenes imperialistisches Projekt ist, verschwindet ebenfalls in dem Furor gegen Trump. Auch, dass Angela Merkel und Wolfgang Schäuble mittels EU die rechtmäßige griechische Regierung faktisch gestürzt und in ihre Kolonialverwaltung verwandelt haben, wird davon überdeckt.

Die angekündigte Konzentration Trumps auf Industriearbeitsplätze im Innern richtet sich zugleich gegen die einseitige Ausrichtung der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA auf die Interessen der Finanzspekulanten. Deshalb verbündeten sich diese schon im Wahlkampf mit den interventionistischen Globalisten, die unter Bill Clinton, George W. Bush und Obama die Außenpolitik bestimmt hatten, gegen Trump. Ganz in diesem Sinne hatte George Soros, einer der berühmtesten Spekulanten, bereits wenige Tage nach den Wahlen an einem Strategie-Treffen

der bei den Präsidenten- und Kongresswahlen unterlegenen Demokratischen Partei teilgenommen. Vereinbart wurde, Trump die Präsidentschaft so schwer wie möglich zu machen und dafür umfangreiche Finanzen zur Verfügung zu stellen. Die parlamentarischen Arme der Demokraten sind derzeit kurz, so wird auf außerparlamentarische Mittel gesetzt. In der *New York Times* war nachzulesen, dass von den Organisationen, die den Protestmarsch der Frauen in Washington am 21. Januar organisiert hatten, 56 auf der Sponsorenliste von Soros stehen oder enge Beziehungen zu seinen Organisationen haben, darunter alle „Schlüssel-Partner“ der Demo-Vorbereitung.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärte Soros Trump zum „Möchtegern-diktator“. Dazu passt das Faschismus-Etikett, das Robert Kagan Trump bereits während des Wahlkampfes angeklebt hatte. Die „Atlantiker“ in Deutschland transportieren dies hierher. Bereits zehn Tage nach Trumps Amtseinführung forderte Eliot A. Cohen dessen Amtsenthebung. Die FAZ druckte es nach und andere deutsche Zeitungen referierten die Einlassung brav. Cohen war ebenfalls ein Einpeitscher des Krieges, propagierte den Irak-Krieg, bevor George W. Bush ihn ausgelöst hatte, und war später Berater von dessen Außenministerin Condoleezza Rice. In Deutschland trommelt auch Theo Sommer, ein Urgestein des westdeutschen Atlantismus, für die Amtsenthebung (zeitonline, 28.02.2017). Ganz im Sinne der Verabredungen zwischen Angela Merkel und anderen EU-europäischen Regierungen mit Obama vom November 2016 gerieren sich nun Deutschland und die EU als Gralshüter des Globalismus.

Wenn das alles nicht hilft, soll ein Militärputsch gegen Trump angezettelt werden. Das regte Rosa Brooks an. Sie war unter Obama Beraterin im Pentagon. Die USA sind ein Land, in dem es seit George Washington keinen Militärputsch gegeben hat. Hier stellt sich die Frage, wer denn nun die größere Gefahr für die Demokratie ist, Trump oder seine Feinde. Die bunten zivilgesellschaftlichen Demonstrationen gegen Trump stellen die Nebelwand dar, hinter der sich der harte Kampf der Globalpolitiker gegen eine mögliche Veränderung der Außenpolitik der USA abspielt. Die Demokraten wissen das Feld gut zu bespielen: Obama ermuntert auch als Ex-Präsident freundlich die Zivilgesellschaft und sein früherer Außenminister John Kerry lässt sich ohne Schlipps und Anzug unter den Demonstranten blicken. Beider Verantwortung für Kriegseinsätze ist verdrängt.

Donald Trump regierte zunächst mit Dekreten. Aufmerksame Beobachter stellten fest, dass das keineswegs konzeptionslos erfolgt. Das Dekret zum Verbot der Einreise aus sieben muslimischen Ländern war das Protestobjekt der Demonstranten. Derweil hatte er Umweltstandards gelockert, um den Kohlebergbau wieder zu fördern, zwei Pipelines genehmigt, die Obama aus Umweltschutzgründen untersagt hatte, das Projekt Mauer gegen Mexiko weiter vorangebracht, die Begrenzungen für die Banken gelockert, Neueinstellungen und Budgets des Öffentlichen Dienstes eingefroren, Obama-Care reduziert und Abtreibungsfinanzierung im Aus-

land untersagt. In „ruhigen Zeiten“ würde jedes dieser Themen wütende Proteste auslösen. Da die Bewegungen nicht für alles gleichzeitig Zeit haben, kann das hinter dem Kampfgetöse um die Einreisebestimmungen unbehelligt durchgehen. Und selbst wenn letztere suspendiert bleiben, sehen seine Anhänger: Trump hält, was er verspricht. So sind die gutmeinenden Demonstranten die Bauern in einem gnadenlosen Machtspiel innerhalb der herrschenden Klasse der USA.

Deutschland als alternative Führungsmacht?

Mit Donald Trump geraten die seit 1945 der westdeutschen politischen Elite antrainierten transatlantischen Gewissheiten in Bewegung. Sie laboriert noch immer an ihren Traumata im Gefolge der Wahl Trumps. Narrative Selbsttherapie soll helfen. So hatte der damalige Noch-Bundespräsident und gelernte Pfarrer Joachim Gauck gemeinsam mit seinem polnischen Amtsbruder Andrzej Duda am 28. November 2016 das Hauptquartier des Multinationalen Korps Nordost (MNC NE) der NATO in Szczecin besucht. Bei dieser Gelegenheit hatte er den künftigen US-Präsidenten ermahnt, die Zusammenarbeit innerhalb der NATO wie bisher zu pflegen. „Ich gehe davon aus, dass ein Grundzug amerikanischer Außenpolitik Verlässlichkeit ist.“ Das meinte, in Sachen NATO soll möglichst alles beim Alten bleiben.

Nun war der damalige deutsche Bundespräsident nicht irgendwo. Der NATO-Gipfel im walisischen Newport hatte im September 2014 einen Aktionsplan in Bezug auf Osteuropa und die Schaffung einer „sehr schnell einsetzbaren Truppe“ beschlossen, die innerhalb von nur zwei bis drei Tagen einsatzbereit sein soll, grundsätzlich überall auf der Welt, vor allem aber gen Osten. Die 3000 bis 5000 Soldaten sind Teil der zuvor schon existierenden NATO Response Force (NRF), ausgerüstet mit nur leichtem Gepäck; Fahrzeuge, Waffen, Munition und anderes Gerät werden in den voraussichtlichen Einsatzländern gelagert. In Szczecin ist die Führungsformation für diese schnelle Eingreiftruppe der NATO stationiert, die von Deutschland, Polen und Dänemark gestellt wird. Im Falle einer Konfrontation mit Russland übernimmt sie das Kommando. Der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sprach 2014 von einer „Speerspitze“ gegen Russland.

Aus Furcht, Trumps Stab könnte eine Neubewertung der Beziehungen zu Russland vornehmen, hat Gauck die kommende US-Regierung aufgefordert, die anti-russische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik beizubehalten. Es gab mittlerweile aber auch ganz anders gelagerte Überlegungen in Richtung einer deutschen Konfliktfähigkeit gegen Russland. Der Politikwissenschaftler Christian Hacke, ein Fossil des Kalten Krieges, meldete an, Deutschland brauche auch in einem Konflikt mit Russland die Fähigkeit zur „Eskalationsdominanz“. Was heißt das? Zunächst liegen hier wieder alte Konzepte des Kalten Krieges zu Grunde: es gibt einen Konflikt, die eine Seite erhöht den Druck, die andere folgt, die erste verschärft erneut usw. Das kann man sich mit nicht-militärischen Mitteln denken, wie es beide Seiten mit den Wirtschafts- und Handelssanktionen in den vergangenen

Jahren vorgeführt haben. Das kann aber auch militärisch gedacht werden: die NATO stationiert 5000 Mann in Nähe der russischen Grenze, als Antwort verlegt Russland an seine Westgrenze drei Divisionen zusätzlich, der Westen installiert im Osten „Raketenabwehrsysteme“, die angeblich der Verteidigung dienen, in der Tat jedoch Teil eines offensiven atomaren Kriegsführungskonzepts sind, worauf Russland im Gebiet Kaliningrad Raketen stationiert, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können und in wenigen Minuten Warschau oder Berlin erreichen.

Henry Kissinger – Sicherheitsberater und Außenminister des US-Präsidenten Richard Nixon, der für die USA in den 1970er Jahren den Friedensschluss mit Vietnam verhandelte und mit der Sowjetunion die ersten Verträge über die Begrenzung der nuklear-strategischen Waffensysteme – sagte dazu, wer eskaliert, muss auch wissen, wie er da wieder herauskommt und deeskaliert. Das wussten die Strategen der Obama-Regierung und der anderen NATO-Staaten im Verhältnis zu Russland nicht. Die Runde mit Obama im Bundeskanzleramt im November 2016 zielte auf ein Einfrieren des Streits mit Russland auf dem derzeitigen Niveau, aus offensichtlicher Ratlosigkeit.

Die Dominanz in der Eskalation hat jedoch derjenige, der eine Lage verschärfen kann, ohne dass die Gegenseite wirksam etwas dagegen zu tun vermag. Der Westen hatte sie zum Beispiel in seinem Libyen-Krieg: Russland und China mussten zuschauen und konnten gegen den Bruch des Völkerrechts und die Verletzung des Beschlusses des UNO-Sicherheitsrates nur politisch-diplomatisch protestieren. Ein militärisches Eingreifen auf Seiten der Gaddafi-Regierung hätte eine Konfrontation mit den USA und der NATO und – die Eskalation zuende gedacht – die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschworen. Umgekehrt hatte Russland die Eskalationsdominanz im Herbst 2016 im Syrien-Krieg: der Westen konnte die Einsätze der syrischen Regierungstruppen und Russlands nicht verhindern, ohne seinerseits eine offene militärische Konfrontation heraufzubeschwören, deren Konsequenz der Atomkrieg wäre. Genau dies hatte Hillary Clinton im Wahlkampf angedroht.

Was aber wollte nun Hacke? Welche Eskalationsdominanz Deutschlands gegen die Atommacht Russland meinte er? Das hatte er nicht gesagt. Berthold Kohler, einer der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ließ dann aber die Katze aus dem Sack (27.11.2016): Wenn Trump bei seiner Linie bleibe, werden die USA die „Verteidigung Europas“ (gemeint ist EU-Europa) in einem Maße „den Europäern“ überlassen, das sie seit 1945 nicht mehr kennen. Abgesehen davon, dass Kohler hier den Krieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion in die Tradition der „Verteidigung Europas“ stellt, die 1945 die USA übernommen hätten, kommt er zu der Folgerung, nun stünden nicht nur höhere Ausgaben für Verteidigung und die „Wiederbelebung der Wehrpflicht“ auf der Tagesordnung, sondern auch „das für deutsche Hirne ganz und gar Udenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit“ gegen Moskau. Die französischen und britischen Arsenale seien dafür zu schwach. Das meint offensichtlich die deutsche Atombombe.

Im Artikel 3 des „2+4-Vertrages“ von 1990 hatten die Regierungen der BRD und der DDR den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz von und die Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen bekräftigt und erklärt, dass auch das vereinigte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten werde. Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA erklärten im Gegenzug in Artikel 7 die Beendigung ihrer „Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“, mit der Folge: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Demgemäß heißt: unter diesen Bedingungen. Damit waren die deutschen Angelegenheiten, wie sie Teil des Kalten Krieges und der internationalen Auseinandersetzungen seit 1945 waren, in der Sache abschließend geregelt.

Offenbar fühlen sich Teile der politischen Kaste in Deutschland inzwischen wieder so stark, dass sie meinen, das alles sei Makulatur und sie könnten sich über den „2+4-Vertrag“ hinwegsetzen. Da ist sie wieder, die deutsche Überhebung, die die Welt in zwei verheerende Weltkriege geführt hat! Allerdings ist auch dies wieder eine Fehlperzeption. Wenn es um die Verhinderung einer Atommacht Deutschland geht, sitzen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wieder alle in einem Boot. Alle vier.

Seit dem Interview von Donald Trump für die deutsche *Bild*-Zeitung und die britische *Times* (16.01.2017) sowie seiner Antrittsrede als Präsident schwanken die Interpretationen in den Großmedien zwischen Verunsicherung, Trump-Beschimpfung und Größenwahn. Besonders aufmerken lässt Letzteres. Der Außenpolitik-Chef der *Süddeutschen Zeitung* und bekennende Hagiograph Merkels, Stefan Kornelius, kommentierte, Trump sei mächtig angesichts seiner Unberechenbarkeit. Demgegenüber wirke „die Zähigkeit und Abwägerei etwa einer Angela Merkel einschläfernd“. Trump wolle die Welt „nach seinem Bild formen“. Er habe „das Zeug zum Revolutionär“ (SZ, 21.01.2017). Das war hier nicht als Kompliment, sondern als Drohung gemeint.

Constance Stelzenmüller, bekannt geworden 2013 als eine der Leiterinnen des Projekts „Neue Macht – neue Verantwortung“, mit dem eine neue deutsche Weltpolitik konzipiert werden sollte, heute bei der US-amerikanischen „Brookings Institution“ tätig, verkündete forsch, Trump hätte ein „sehr unverständiges Verständnis“ von der Welt. Das zeige sich schon daran, dass er Merkel und Putin auf eine Stufe gestellt habe. Das würde wohl sonst kaum jemandem in Washington einfallen (ZDF, 19.01.2017). Das mag zutreffen. Alle diejenigen aus der zahlreichen Gilde der imperialistischen Globalstrategen, die auch Obamas interventionistische und anti-russische Politik bestimmten, hatten eine andere Sichtweise. Wenn man nach dem „America First“-Motto jedoch auf die Welt vor allem unter der Perspektive von Macht- und Handelskonkurrenzen schaut, sind Russland wie Deutschland mit den USA auf unterschiedliche Weise konkurrierende Mächte.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (www.faz.net, 16.01.2017) glänzte durch eine

wohlthuende Meinungsvielfalt. Berthold Kohler räsionierte: „Wenn der neue amerikanische Präsident tatsächlich das tut, was er sagt, dann wird der Westen in eine Krise stürzen. Schon seine bloßen Äußerungen zur Nato verringern die Sicherheit und die Stabilität in Europa“. Durch die Auflösung dieser Bande würden die USA „nicht stärker, [...] sondern schwächer werden“. Aber Trump habe „für strategische Fragen der Weltpolitik ganz offensichtlich keinen Sinn“. Holger Steltzner, ein anderer der vier Herausgeber, dagegen konterte: „Die Offenheit, mit der Trump die Dinge beim Namen nennt, ist irritierend und erfrischend zugleich. [...] Der Unternehmer Trump nahm auf Konventionen und Regeln wenig Rücksicht, um den optimalen Deal zu erreichen. Anstatt das zu beklagen, sollten sich seine Kritiker in Europa darauf einstellen. Bricht nicht auch die EU ständig ihre Regeln, um etwa den Euro zu retten oder neue Schulden zu machen?“

Der britische Historiker Adam Tooze – der vor einiger Zeit mit einem umfänglichen Werk über die Zwischenkriegszeit hervorgetreten war, in dem er dargetan hatte, dass die USA bereits seit dem ersten Weltkrieg die letztlich entscheidende Weltmacht waren¹⁷ – kommentierte nun: „Das amerikanische Jahrhundert ist vorüber.“ Es war „durchdrungen von etwas Höherem, nicht nur von der Idee seiner Größe, sondern von seiner Überlegenheit, von der Gewissheit, berufen zu sein, egal ob diese Auserwähltheit nun gottgegeben oder säkular verstanden wurde, berufen eine Rolle zu spielen, die nicht nur einzigartig war, sondern über allen anderen stand.“ Trump werde „nicht das Ende von Amerika als Weltmacht bedeuten [...], aber was es tatsächlich nicht mehr erhebt, ist der Anspruch, 'Anführer der freien Welt' zu sein.“ Am Ende schaut Tooze dann auf Deutschland: „Eine durch die US-Wahlen ermächtigte Minderheit will Amerikas Ankerfunktion in der diskursiven Gemeinschaft des Westens über Bord werfen. Daraus erwächst eine fundamentale Herausforderung: Wenn Amerika seinen Sonderweg aufgibt, wo ist dann Deutschlands Platz in der Welt?“ (www.zeit.de, 13.01.2017) Bisher war „Sonderweg“ in Bezug auf Deutschland und negativ konnotiert. Nun also „Normalität“, das heißt keine Anführerei mehr von wem auch immer, auch in den USA? Oder wieder deutscher Sonderweg?

In diesen Tagen wurde auch der einstige Bundesverteidigungsminister und Plagiatör, Karl-Theodor zu Guttenberg, als USA-Experte reaktiviert. Er meinte: „Angesichts der geopolitischen Bedrohungen Europas, der Schwäche vieler Mitgliedsländer und gebremsten amerikanischen Engagements wächst Berlin, ob es dies will oder nicht, zwangsläufig eine Führungsrolle zu. [...] Dies mag nun der Moment sein, um auch in unserem Land aus der rührend gepflegten 'Kultur der Zurückhaltung' endlich eine 'Kultur der Verantwortung' erwachsen zu lassen.“ (www.faz.net, 20.01.2017)

Der Chefredakteur der Zeitung *Die Welt*, Ulf Poschardt, formulierte denselben Ge-

17 Adam Tooze: *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931*, München: Siedler Verlag 2015.

danken, nur sehr viel offener, forscher: „Wie kein Land profitieren die Deutschen von der Globalisierung. Wenn es irgendwo neoliberale Reformen gibt, hilft das unserer weiterhin innovativen, qualitätsversessenen Produktion. Nicht zuletzt deshalb haben Kanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett recht gehabt, diese Offenheit zu fördern [...]“ Poschardt fordert, „wir Deutsche“ sollten nun „machtbewusst unsere Interessen verfolgen“. Und weiter: „Unser Ehrgeiz sollte geweckt sein. Die Verteilung globalen Wohlstands wird von den USA künftig aggressiv zu ihren Gunsten entschieden werden – wenn wir uns nicht wehren [...]. Wenn die Deutschen diesen Konflikt aushalten und sogar Punkte machen, verteidigen sie damit auch die Segnungen einer liberalen, offenen Gesellschaft.“ (*www.welt.de*, 16.01.2017) Hier wird zur Kenntlichkeit gebracht, dass auch in der heutigen spätbürgerlichen Gesellschaft die „liberale, offene Gesellschaft“ funktional in Bezug auf die Wirtschafts- und Handelsinteressen ist.

Das Gemeinte geht jedoch weit darüber hinaus. Der Historiker Ludwig Dehio verwies Anfang der 1950er Jahre darauf, dass Deutschland bereits im ersten Weltkrieg keine handlungsleitende Idee hatte, auf die es sich zum Zwecke der Kriegsführung ideologisch hätte berufen können. Die Habsburger im 16. Jahrhundert beriefen sich auf die Gegenreformation, Napoleon auf die Revolution, die Sowjetunion auf den Kommunismus und USA und Großbritannien im 20. Jahrhundert auf die Freiheit. Deutschland dagegen „verfügte über keinen vergleichbaren ostensiblen Missionsauftrag an die Menschheit schlechthin“. Im zweiten Weltkrieg noch weniger als im ersten.¹⁸

Die Herrschenden in diesem Lande meinen nun, Deutschland habe ausreichend „gelernt“ und sei inzwischen genug umerzogen, demokratisiert, verfreitlicht, und damit historisch exkulpiert, dass es ermächtigt sei, die Mütze der Führerschaft im Namen der „Freiheit“ aufsetzen zu sollen, wenn die USA sie absetzen. Die Führerschaft in zwei Weltkriegen mit Gewalt, Rassismus und ohne „Missionsauftrag“ erringen zu wollen, war gescheitert. Jetzt sollen es Freiheit, Offenheit und Globalisierung bringen. Die Geschichte hat jedoch für die Deutschen einen wie auch immer gearteten „ostensiblen Missionsauftrag an die Menschheit“ nicht vorgesehen. Keinen. Auch ein dritter Versuch wird zum Scheitern verurteilt sein.

(Manuskriptabschluss: 2. März 2017)

18 Ludwig Dehio: *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main und Hamburg: Fischer Bücherei 1961, S. 83.

Das Trump-Kapital

Wie sich Donald Trumps ungehobelter Milliardärshaufen und die Wall Street miteinander arrangieren.

von Werner Rügemer

Durch die rosarote Obama-Brille erschienen die Verbrechen und Praktiken der Supermacht irgendwie nicht so schlimm: Guantanamo, Drohnenmorde, Ausspähen, Aufrüsten, Rassismus, Armut, Arbeitsplatzabbau durch US-Investoren auch in der Europäischen Union – das waren verzeihliche Begleitgeräusche. Und nun haben die USA mit Donald Trump zum ersten Mal einen bösen Präsidenten?

Trump repräsentiert zunächst nicht, wie das für US-Präsidenten seit einem Jahrhundert der Fall war, die Interessen der Wall Street und der global aktiven US-Konzerne (Öl, Auto, Hightech, Rüstung, Agro/Pharma). Tatsächlich: Er kommt aus dem darunter angesiedelten Milieu der zahlreichen Milliardärs-Clans der ersten, auch der zweiten und dritten Generation. Sie haben sich innerhalb der USA regional ungehobelt hochgeboxt. Sie sind bisher global wenig präsent, ihre Namen in old Europe sind unbekannt.

Das Kapitalvolumen von Trumps eigenem Familien-Imperium im Ausland ist mit zwei Dutzend Golfanlagen, Hotels und Trump Towers ein Nichts, verglichen mit BlackRock, Goldman Sachs, Exxon, Coca Cola, Apple, Microsoft und den anderen aus den Top 500 der Forbes-Liste. Zum Trump-Milieu gehören parasitäre Mit-Profiteure der Finanzkrise, kleinere Hedgefonds und Private Equity Fonds, Aufsteiger der Silicon Valley-Digitalökonomie, provinzielle Immobilien-Tycoons.

Fast Food-Unternehmer als Arbeitsminister

Trump umwarb im Wahlkampf die deklassierten weißen Arbeiter, versprach ihnen mehr Arbeitsplätze und höhere Löhne und hatte damit (Wahl-)Erfolg. Was daraus in der Wirklichkeit werden kann, zeigte Trump bei der Besetzung des Arbeitsministeriums.

Er hatte als Arbeitsminister zunächst den Fast Food-Unternehmer Andrew Puzder benannt. Der war zunächst Anwalt und tat sich mit dem Investor Fidelity zusammen. Der kaufte eine Hot Dog-Kette und noch eine kleine Fast Food-Kette und legten sie in der Holding CKE zusammen. Puzder stieg zum Chief Executive Officer (CEO) auf.

Zur weiteren Expansion verkaufte Puzder CKE an den nächsten Investor, Apollo Global, der das Unternehmen 2013 an den jetzigen Investor Roark Capital weiterverkaufte. Deren jeweils harte Profiterwartungen hatte Puzder durchzusetzen. Er verletzte routinemäßig Arbeitsgesetze und musste Millionen an Bußgeldern bezahlen, machte aber weiter. Er setzte darauf, dass die geschwächte Arbeitsaufsicht nur

wenige Rechtsverletzungen aufdeckt.

Mit anderen Unternehmen, die nach dem Franchise-System arbeiten – neben der Systemgastronomie noch Transportlogistik und Supermärkte – betrieb Puzder die Lobbyorganisation Job Creators Network. Sie „vertritt“ 20 Millionen Beschäftigte und erreichte, dass der gesetzliche Mindestlohn von 7,25 Dollar (mit Ausnahmen runter bis 2,13 Dollar) auch während der Obama-Regierung nicht erhöht wurde.

Puzder sucht als Unternehmer gezielt Unqualifizierte, um sie möglichst niedrig zu bezahlen: „Wir stellen die Besten der Schlechtesten ein.“ (the best of the worst) Und die sind für den CKE-Chef immer noch lästig. Er setzt auf Automation und Roboter: „Maschinen sind immer höflich, verkaufen ohne Pause, nehmen nie Urlaub und kommen nie zu spät, und es kann nie zu Fällen von Diskriminierung wegen Alter, Geschlecht oder Rassismus kommen.“

Nach „Heuschrecken“-Art ist der Vorstandschef auch Miteigentümer. 2012 besaß er 674.000 CKE-Aktien. Puzders jährliches Einkommen setzt sich zusammen aus den Aktien-Dividenden, der Zuteilung weiterer Aktien, dem Grundgehalt von einer Million Dollar, Boni zwischen 5 und 10 Millionen Dollar, Zahlungen für private Zwecke wie Auto, Telefonie, Firmenflugzeug, für die persönliche Steuerberatung, für Klub-Mitgliedschaften und für ärztliche und zahnärztliche Behandlungen.

Castro-Hasser als Verteidiger von Muslimen und Migranten

Zahlreiche Gruppen wie Jobs with Justice und Equal Rights Advocates haben die Praktiken Puzders an die Öffentlichkeit gebracht. Die Anhörungs-Termine vor dem US-Senat mussten fünf Mal verschoben werden, weil Trumps Kandidat mit seinen Antworten nicht nachkam. Dann wurde bekannt: Er beschäftigte in seinem Privathaushalt jahrelang eine illegale Migrantin. Er redete sich heraus: „Meine Frau und ich haben das nicht gewusst. Wir haben sofort die Steuern nachgezahlt und ihr angeboten, ihr bei der Legalisierung zu helfen.“ Aber die Migrantin hat diese „Hilfe“ abgelehnt – aus Angst vor Abschiebung.

Trump hatte angekündigt, dass er illegale Migranten abschieben will, mehr als unter seinem Vorgänger Obama, der im Durchschnitt seiner acht Regierungsjahre jeweils „nur“ 400.000 Migranten abschieben ließ. Aber die US-Franchise-Industrie beschäftigt routinemäßig Illegale. Sie lassen sich noch rechtloser und billiger beschäftigen – durch die drohende Abschiebung sind sie erpressbar. Aber dass die illegale Migrantin in Puzders Haushalt öffentlich wurde – das war zu skandalös. Puzder musste verzichten.

Als nächsten Kandidaten benannte Trump Alexander Acosta. Der begann seine Karriere in der Kanzlei Kirkland & Ellis - eine der elitärsten und profitabelsten US-Kanzleien. Die 1.900 Anwälte sind spezialisiert auf die Praktiken der Private Equity-Investoren. Das Anfangsgehalt der Anwälte liegt bei 180.000 Dollar, für Partner

kommen zum Gehalt jährliche Gewinnanteile von gegenwärtig 3,6 Millionen. Die Kanzlei sponsert Lehrstühle für Rechtswissenschaft an der Harvard-Universität und weiteren drei Top-Universitäten. Sie spendet traditionell für die Wahlkämpfe beider Parteien, 2008 mehr für Obama, seit 2012 mehr für die Republikaner und Trump. Gegenwärtig vertritt sie VW gegen die US-Umweltbehörde.

Acosta ist Sohn kubanischer Castro-Hasser in Miami. Als Staatsanwalt in Florida agierte er schon im Sinne Trumps, was aber damals auch die Linie der Obama-Regierung war: Er zog kriminelle Unternehmen vor Gericht, allerdings nur solche, die den USA schaden. So brachte er die Schweizer Großbank UBS dazu, die Daten von US-Kunden herauszurücken und wegen der Beihilfe zu Steuerhinterziehung 780 Millionen Dollar Strafe zu zahlen.

Inzwischen wurde Acosta Präsident der US Century Bank, der größten Bank der hispanischen Gemeinde in Florida. Er wurde Mitglied im Ethics and Public Policy Center. Es produziert mit wissenschaftlichem Anspruch Begründungen dafür, dass Abtreibung böse ist und in jeder Form staatlich verhindert werden muss. Das Center bezieht seine Werte aus jüdisch-christlichem Fundamentalismus. Acosta soll als Arbeitsminister dafür sorgen, dass die Unternehmen noch weniger durch Kontrollen belästigt werden als bisher.

Vor und nach der Wahl: Der kleine Unterschied

Während seines Wahlkampfes umgab Trump sich mit Mitgliedern seines unmittelbaren Milieus: Ein Club von männlichen Unternehmern meist im Alter über 70 Jahren. Nach der Wahl änderte sich das radikal.

Zum Wahlkampf-Team gehörten der mit der Finanzkrise zum Mehrfach-Milliardär aufgestiegene Hedgefonds-Spekulant John Paulson, weitere Hedgefonds-Manager wie Lewis Eisenberg (Granite Capital), Private Equity-Investoren wie Stephen Feinberg (Cerberus), Thomas Barrack (Colony Capital) und Robert Grady (Gryphon Investors), der größte New Yorker Immobilieneigentümer Steve Roth, der Unternehmens-Ausplünderer Carl Icahn, der Fracking-Unternehmer Harold Hamm, der Hot Dog-Unternehmer Howard Lorber, der als König der Zwangsvollstreckter bekannt gewordene Steven Mnuchin, Andy Beal als Eigentümer der größten US-Privatbank und der China-geschädigte Stahlunternehmer Dan DiMicco.

Nach seiner Wahl schaltete Trump schnell um. Er holte sich die Chefs großer Konzerne und Banken, so von General Motors, Disney, J.P. Morgan, Walmart, Boeing, IBM und zwei der größten Beraterfirmen, Boston Consulting Group und Ernst & Young. Auch Larry Fink ließ sich wendig bitten, obwohl er als Chef des größten Kapitalorganisations BlackRock und als „neuer König der Wall Street“ während des Wahlkampfes noch als zukünftiger Finanzminister der wahrscheinlichen Präsidentin Hillary Clinton galt.

Nach der Wahl: Auch Silicon Valley dabei

Die Digital Community des Silicon Valley hatte in ihrem „liberalen“ Selbstverständnis auf Hillary Clinton gesetzt. Man moserte an Trump herum wegen dessen Rassismus und Sexismus und wegen des Einreiseverbots für Bürger einiger islamischer Staaten. Doch die politischen Super-Opportunisten beider Seiten bewegen sich aufeinander zu.

Trump holte nach der Wahl die Chefs von Amazon, Facebook, Google/Alphabet, Apple, Cisco, Tesla, Uber und den wichtigsten Start up-Investor Peter Thiel zu sich. Die Unternehmen versprachen, ein paar Milliarden im Ausland geparkter Gewinne in die USA zurückzuholen und hoffen dafür auf Steuersenkungen. Außerdem setzt dieser extrem regulierungs- und gewerkschaftsfeindliche Unternehmer-Typ auch in weiterer Hinsicht auf Trump: Seine Regierung soll die wachsende gewerkschaftliche Selbstorganisation unter den Millionen der prekär schuftenden free lancer und Subunternehmern der Digital-Ökonomie eindämmen.

Da kriselt es schon mal ein bisschen an der Oberfläche. So gehörte zunächst auch der Silicon-Valley-Aufsteiger Travis Kalanick zu Trumps Beraterteam. Kalanick hat Uber begründet. Das nach einem Jahrzehnt schon größte Taxi-Unternehmen der Welt besitzt kein einziges Taxi und hat keinen einzigen Taxifahrer angestellt. In den USA und in der EU und weltweit fahren unlicenzierte und unversicherte Scheinselbständige für Uber. Gegen Trumps Einreiseverbot wollten auch New Yorker Uber-Taxifahrer streiken. Kalanick verbot das. Aber Kunden ließen über den Uber-Chef einen Shitstorm hereinbrechen und drohten mit Boykott – da zog sich der Opportunist aus dem Trump-Team zurück.

Wahlkampf gegen Wall Street - Regierung mit Wall Street

Eine (scheinbar) noch heftigere Kehrtwendung vollzog der neu gewählte Präsident bei der Regierungsbildung. Auch er wusste, dass man Wahlen mit der Kritik an Wall Street gewinnt. Das hatte übrigens auch sein Vorgänger Obama so gehandhabt. Heftigst hatte Trump Hillary Clinton wegen ihrer engen Verbindung zu Wall Street angegriffen. Aber auch Trump kann und darf und will ohne Wall Street nicht regieren.

Die Wall Street-Präsenz in Trumps Mannschaft ist größer als in allen US-Regierungen seit dem 2. Weltkrieg. An erster Stelle dominiert ganz traditionell die politisch einflussreichste Investmentbank Goldman Sachs. Finanzminister wurde Stephen Mnuchin, der (wie schon sein Vater) als Miteigentümer von Goldman Sachs sein Vermögen gemacht hatte. Danach hatte er mit der neugegründeten Bank OneWest marode Hypothekenkredite aufgekauft und durch Zwangsvollstreckungen überschuldeter Häusle Käufer sein Vermögen weiter vermehrt. „Finanzkrise“ – da konnte Mnuchin nur lachen. Er war im Wahlkampf Trumps oberster Spendensammler.

Zum Vorsitzenden des einflussreichen Wirtschaftsbeirats berief Trump Gary Cohn, die Nummer zwei von Goldman Sachs. Auch er wechselte als bisheriger Anhänger der Obama- und Clinton-Demokraten ohne Skrupel schnell zum (scheinbaren) Gegner. Goldman Sachs vergoldete Cohns Übergang in das schlecht bezahlte Regierungsamt mit einer Abfindung von 348 Millionen Dollar. So billig ist die Präsenz in der mächtigsten und käuflichsten Regierung der westlichen Wertegemeinschaft zu haben.

Chef der Börsenaufsicht SEC wurde Jay Clayton. Er kommt von der berühmtesten Wallstreet-Kanzlei Sullivan & Cromwell. In ihr vertraten schon die Brüder Allen und John Foster Dulles die Interessen US-amerikanischer und deutscher Konzerne auch während der NS-Zeit, bevor sie die Chefs der CIA und des State Department wurden. Clayton hatte nach der Finanzkrise 2008 die Obama-Regierung bei der staatlichen Rettung der bankrotten Bank Goldman Sachs beraten.

Auch der offen rechtsradikale Strategiechef im Weißen Haus, Stephen Bannon, hat sein Vermögen bei Goldman Sachs erworben und dort sein Weltbild entwickelt: Mit jüdisch-christlichen Werten will er Krieg gegen China und den Islam führen. Bannon hasst Papst Franziskus und gehört wie Trumps Familie zur Israel-Lobby. Die größte Wahlkampfspende von 25 Millionen hatte Casino-Betreiber Sheldon Adelson – US-amerikanischer und israelischer Staatsbürger - beigebracht.

Exxon-Chef, Euro-Plünderer, Privatschul-Fans

Außenminister wurde Rex Tillerson, Chef des größten Öl- und Gaskonzerns Exxon. Die US-Ölmultis und Wall Street machen, zusammen mit den Geheimdiensten, sowieso auch ihre eigene Außenpolitik. Aber in schwierigeren Zeiten ist es besser, gleichzeitig direkter im State Department präsent zu sein. Dieses Ministerium ist traditionell die Interessenvertretung des global agierenden US-Kapitals. Tillerson will, kann und muss die außenpolitische Unerfahrenheit seines Präsidenten und dessen Milieu austarieren gegen die langfristigen diplomatischen Beziehungen zu den wichtigsten Staaten, seien sie freundlich oder feindlich - ein Balanceakt gerade gegenüber Russland und China und auch der EU.

Zum bunten Trump-Milieu gehören beispielsweise auch Handelsminister Wilbur Ross und Erziehungsministerin Betsy DeVos. Ross, bis zum Jahr 2000 in der Bank Rothschild, betätigte sich seitdem als Aufkäufer und Verwerter maroder Unternehmen. Er erwarb sich den Ruf als „König der Pleiten“.

So kaufte er mit einer US-Investorengruppe 2011 ein Drittel der maroden Bank of Ireland – und zwar erst, nachdem die Troika deren Rettung organisierte. Nach der Verdreifachung des Aktienwertes verkaufte Ross, wie geplant, danach seinen Anteil mit einem Gewinn von 500 Millionen Euro. So verfuhr er auch in den EU-Krisenstaaten Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Gegen diese EU-schädlichen Praktiken eines vom bösen Trump benannten Ministers kommt von

der korrupten EU-Elite – etwa der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und dem Präsidenten der EU-Kommission, Juncker - keinerlei Kritik auf.

Erziehungsministerin Betsy DeVos, reiche Unternehmenserin aus Michigan, ist mit ihrem Mann Eigentümerin einer Unternehmensholding, die weit mehr wert ist als das Trump-Imperium. DeVos fördert über eine reiche Stiftung christliche und private Schulen. Ihr Bruder Erik Prince hat den privaten Söldner-Konzern Blackwater gegründet, der nach Kriegsverbrechen im Irak in Academi umbenannt wurde.

Trumps bunter Haufen kombiniert die wichtigsten Religionen miteinander. Im Wahlkampf stützte er sich auf die christlich Evangelikalen. Hillary Clintons Wall Street-Verbindung hatte er mit dem Davidstern gezeißelt. Gleichzeitig sind in seiner Regierung so viele Israel-Lobbyisten wie in keiner Vorgängerregierung. Und gleichzeitig sind die islamistischen Schreckensherrscher Saudi-Arabiens seine besten Freunde.

Bei allem kritischen Getöse auf der medialen Ebene nähern sich das Lumpenproletariat und die High Society des US-Kapitals bisher scheinbar gut aneinander an. Christentum verträgt sich mit Islamismus, Antisemitismus mit Israel-Lobby. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Aber merke: Die ungewählten Eliten in Konzernen, Banken, Geheimdiensten, Militär und Medien haben auf mittlere und lange Sicht ohnehin mehr zu sagen als das auf der (mäßig) unterhaltsamen Vorderbühne regelmäßig ausgetauschte Polit-Personal.

Siemens: „Wir sind Amerika“

Die „liberale“ Politikelite in der EU bejammert die von Trump verursachte Unsicherheit im transatlantischen Verhältnis, etwa hinsichtlich der NATO und des Freihandels. Wie schon gesagt, das Ausbluten von EU-Mitgliedsstaaten durch US-Akteure bleibt Komplizenhaft unerwähnt. Die Kapitalebene bleibt tabu. „Die Finanzmärkte“ sind für Merkel, Schäuble, Juncker, Dijsselblom & Consorten die ehrfurchtsvoll beschworenen Staatenrichter – nach ihnen müssen sich auch die Regierungen der EU-Staaten richten. Namen werden nicht genannt – es wären vor allem US-amerikanische.

Konzerne aus der EU wie Bayer, BASF, Deutsche Bank, die Krankenhaus-Kette Fresenius, der französische Chemiekonzern Sanofi, die United Bank of Switzerland und der britische Rüstungskonzern BAE Systems spendeten im US-Wahlkampf sowohl für den Republikaner Trump wie für die „Demokratin“ Hillary Clinton. Die meisten Konzerne spenden immer gleichzeitig für beide US-Parteien. Der feine, kleine Unterschied ist, wer etwas mehr bekommt: Diesmal, im Wahljahr 2016, bekamen die Republikaner mit Trump etwas mehr. Da wuchs ahnungsvoll schon zusammen, was sich nun zusammenschiebt.

Europäische Konzerne haben enorm vom NAFTA-Freihandelsabkommen profitiert.

Seit 1995 haben sie ihre Zulieferer in der Niedriglohnzone Mexiko gegründet.

Konzerne und Banken aus der EU nutzen die niedrigen Steuern und die hohen Staatssubventionen in den USA genauso wie die niedrigen Arbeitsstandards. Nach Trumps Wahl kündigte der deutsche Discounter Lidl an: Bis 2022 wird die US-Ostküste mit 550 Märkten überzogen. Lidl bedient die verarmten Käuferschichten mit gestrafftem Angebot und wohnortnah – sie müssen auch Benzin sparen. Und die Löhne für die etwa 4.000 neuen Lidl-Beschäftigten könnten dort noch niedriger sein als in Deutschland. „Teil von Lidl USA zu sein, heißt Teil von etwas Großem zu sein.“

Der spanisch-deutsche Baukonzern Hochtief freut sich genauso wie Heidelberg-Cement auf die Aufträge für die Mauer zu Mexiko und für Straßen und Brücken in der maroden Weltmacht. Viel genutzt wird ebenfalls die größte Unternehmens-Finanzoase der westlichen Welt im US-Bundesstaat Delaware: Allein die Deutsche Bank hat hier hunderte von Briefkastenfirmen. „Wir sind ein etablierter Bestandteil der Vereinigten Staaten“, betonte der Siemens-Vorstandschef mit dem amerikanierten Namen Joe Kaeser.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer

[Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).

(veröffentlicht auf www.rubikon.de am Samstag, 08. April 2017)

Vom kleineren Übel

Anmerkungen nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich

von Friederike Benda, Wolfgang Gehrcke, Siegfried Ransch

Die Präsidentschaftswahlen 2017 in Frankreich fanden ein brennendes Interesse, denn es brannte und brennt ökonomisch sowie politisch in Frankreich, es brennt in der EU, es brennt im Verhältnis USA-EU und es brennt weltweit durch Kriege und die durch sie verursachten Vertreibungen von Dutzenden Millionen Menschen.

Deutschland und Frankreich bilden die zentrale Achse für das Räderwerk der EU. Nach dem Brexit wird das Gewicht Frankreichs in der EU wachsen. Es ist dann die einzig verbliebene Atomwaffenmacht in der EU und es ist ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Frankreich ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Nach Deutschland ist es das wichtigste Industrieland Europas. Frankreich ist für Deutschland das zweitwichtigste Exportland; beim Import liegt es an dritter Stelle. Umgekehrt ist Deutschland für Frankreich der wichtigste Handelspartner.

Der BDI-Chef Dieter Kempf äußerte sich nach der Wahl vorsorglich: Macrons wichtigste Aufgabe sei es, die Franzosen hinter seinem Reformprogramm zu sammeln und nach den Parlamentswahlen eine breite Allianz zu bilden. Er solle die Stärkung des Binnenmarktes für Energie und die Digitalisierung voranbringen. Der Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, Anton Börner, erwartet von Macron, dass er Reformen voranbringt, besonders für bessere Bildungschancen, die Stärkung der französischen Wettbewerbsfähigkeit und für gemeinsame Infrastrukturprojekte Sorge. Der französische Arbeitgeberpräsident, Pierre Gattaz, äußerte, die Wirtschaft könne „den Kampf der Reindustrialisierung gewinnen, doch nicht allein“, die Unterstützung seitens der Politik sei unverzichtbar.

Der französische Staat spricht in der Wirtschafts- und Industriepolitik ein wichtiges Wort mit. Die direkte Beteiligung des Staates an Unternehmen („état actionnaire“) ist relativ hoch. Die internationale Verflechtung des Finanz- und Industriekapitals ist in Frankreich markant: Bei den im Börsenindex CAC 40 versammelten Großunternehmen befinden sich über 50 % der Unternehmensanteile in ausländischem Besitz. Bei den deutschen DAX-Unternehmen ist es ähnlich.

Laut Verfassung der V. Republik vom 4. Oktober 1958 ist Frankreich eine laizistische, demokratische und soziale Republik. Mit der Verfassungsreform im Juli 2008 darf das Parlament über die Hälfte seiner Tagesordnung bestimmen, die bis dahin von der Regierung vorgegeben worden war. Auslandseinsätze der Armee müssen, wenn sie die Dauer von vier Monaten übersteigen, vom Parlament genehmigt werden. Der Staatspräsident hat Rederecht vor dem Kongress (Nationalversammlung und Senat in gemeinsamer Sitzung).

Der Präsident hat eine zentrale Stellung im politischen System. Seine Direktwahl durch das Volk legitimiert ihn unmittelbar. Er ist Staatsoberhaupt und soll zugleich „Hüter der Verfassung“ sein. Er ist oberster Chef der Exekutive. Er hat den Vorsitz im Ministerrat und vertritt Frankreich, unter Umständen gemeinsam mit dem Premierminister, auf internationaler Ebene, so auch im Europäischen Rat. Die Außen- und Sicherheitspolitik fällt vorrangig in seine Zuständigkeit. Mit diesem Konstrukt der Regierungsweise und der ihr geschuldeten Präsidentschaftswahl steht Frankreich einzig dar innerhalb der EU.

Zum besseren Verständnis für die weiter unten diskutierten Probleme greifen wir von den elf Präsidentschaftskandidaten nur drei heraus.

Für was stehen Emanuel Macron, Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon als Personen, wofür stehen ihre Programme? Die Antworten können hier nur sehr verkürzt gegeben werden.

Emanuel Macron (* 1977), vorzüglich ausgebildet für den französischen Staatsadel, arbeitet nach Abschluss der Verwaltungshochschule ENA als Finanzdirektor bei der ministeriellen Finanzinspektion. Kurzzeitig ist er im Institut Montaigne tätig, einer Denkfabrik im Dienst der Wirtschaftsmächtigen. 2008 wird er Investmentbanker bei der Pariser Investmentbank Rothschild & Cie und steigt dort zum Partner (associé-gérant) auf. 2012 ist Macron dabei, als der schweizerische multinationale Nahrungsmittelkonzern Nestlé die Säuglingsnahrungssparte des nordamerikanischen multinationalen Pharmakonzerns Pfizer für 11,9 Milliarden US-Dollar kauft. Nachdem 2012 François Hollande Präsident wurde, ist Macron zunächst Berater des Präsidenten in Wirtschafts- und Finanzfragen, 2014 wird er Wirtschaftsminister. Macron war an „Reformen“ beteiligt, die Unternehmen jährlich Steuerreduzierungen in Höhe zweistelliger Milliarden einbrachten. Das „Loi Macron“ war ein antisoziales Programm: Reduzierung des Kündigungsschutzes, Verschlechterungen der Bestimmungen für Nacht- und Sonntagsarbeit. Macron war beteiligt am „Loi El Khomri“, dessen Bestimmungen zur Verschlechterung des Arbeitsrechts von den Gewerkschaften heftig bekämpft wurden.

Anfang 2016 wurde deutlich, dass Hollande keine Chance auf Wiederwahl hat, die Sozialistische Partei kaum noch Vertrauen besaß. Im April 2016 gründete Macron die Bewegung „En Marche!“. Ende August tritt Macron als Wirtschaftsminister zurück, danach tritt er aus der Sozialistischen Partei aus. Mitte November 2016 kündigt er seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl an.

Zum Macron-Programm gehört, der EU eine demokratische Legitimation zu verschaffen. Ab Ende 2017 sollten die Bürger der EU ein halbes Jahr lang mit ihren Regierungen über zukünftige Inhalte der EU-Politik diskutieren. Aus der Diskussion solle sich eine „Vereinbarung für die nächsten fünf Jahre“ ergeben. Jedem Land solle freistehen, diese Vereinbarung zu unterzeichnen oder nicht. Die EU soll also durch ein koalitionsähnliches Gebilde der „Bürger-Willigen“ unterfüttert werden.

Die 19 Euro-Staaten sollten einen gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsminister, eine gemeinsame Wirtschaftsregierung bekommen. Ein Parlament der Euro-Staaten solle über ein Eurozonen-Budget entscheiden. Dieses soll aus einer Gemeinschaftssteuer gespeist werden. Das Eurobudget solle jene Volkswirtschaften „stabilisieren“, die zeitweise in Schwierigkeiten sind. Ein großes Investitionsprogramm der EU solle aufgelegt werden. Macron fordert von Deutschland, dass es seinen Außenhandelsüberschuss verringert. Die Entsenderichtlinie der EU für Arbeitnehmer soll verändert werden, damit die Entsendung auf ein Jahr begrenzt wird. EU-Aufträge sollen nur jene Unternehmen erhalten, deren Produktionsvolumen mindestens zur Hälfte in der EU erbracht wird. Ein digitaler Binnenmarkt solle entstehen.

Macron fordert den Aufbau einer Verteidigungsunion und die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds. Militär und Geheimdienste sollten mehr Geld erhalten, die Polizei 10 000 neue Stellen, zwei Prozent vom BIP für die Rüstung ausgegeben werden, die Staatsausgaben insgesamt aber drastisch zurückgeführt werden, bis zum Jahr 2022 um 60 Milliarden Euro: 15 Mrd. weniger im Gesundheitswesen, 10 Mrd. bei den Gebietskörperschaften, 10 Mrd. durch Reduzierung der Arbeitslosenquote auf 10 Prozent, 25 Mrd. entfallen im öffentlichen Dienst. Die europäischen Außengrenzen sollen effektiver und dauerhaft geschützt werden. Macron will die verschiedenen Rentensysteme vereinheitlichen. Im Bildungsbereich liegt der programmatische Schwerpunkt bei einer Verbesserung der Grundschulausbildung. Als Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut sollen die rechtlichen Verhältnisse für Beschäftigte und Erwerbslose verschlechtert werden, kurz, Weiterführung der Agenda 2010 in den Farben Frankreichs. Im Kern zielt Macrons Arbeitsmarktpolitik auf die Brechung des bisherigen gewerkschaftlichen Widerstandes. Er nennt es „Befreiung der Arbeit“.

Maßgeblich die großen Unternehmen förderten und finanzierten die Kandidatur Macrons. Ihn unterstützen auch der frühere Erste Sekretär der KPF, Robert Hue, und der GRÜNE Daniel Cohn-Bendit. Macron steht als Person und programmatisch vor allem für die Interessen der französischen multinationalen und staatlichen Großunternehmen. Er vertritt die Interessen der französischen Hochrüstung, des Militärs und der Geheimdienste. Die weltweiten neokolonialen Interessen Frankreichs werden weiter verfolgt werden. Das Macron-Programm drängt massiv in Richtung einer Militärunion und von Vereinigten Staaten von Europa.

Marine Le Pen (* 1968), Jurastudium, Rechtsanwältin, machte politische Karriere in dem von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen 1972 gegründeten extrem rechten Front National (FN). Bei der Präsidentschaftswahl 2002 kam Jean-Marie Le Pen mit knapp 17 der gültigen Stimmen in die Stichwahl. Der Schock löste landesweite Proteste aus. Alle gegnerischen Parteien riefen dazu auf, im zweiten Wahlgang für Jacques Chirac zu stimmen. Er wurde mit gut 82 % der Stimmen wiedergewählt.

2011 wird Marine Le Pen Vorsitzende des FN. Ihre Wahl zur Parteivorsitzenden auf dem Parteitag vom Januar 2011 basierte auf einer Mitgliederbefragung. Daran hatten sich von den 22.400 Mitgliedern rund 68% beteiligt. Sie gewann mit gut zwei Dritteln der Stimmen gegenüber dem langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Partei, Bruno Gollnisch. Der vertrat, ähnlich wie Marine Le Pens Vater, geschichtsrevisionistische und antijüdische Auffassungen. Mit der Absicht, die Wählerbasis des FN zu erweitern („Entdämonisierung“), drängte Marine Le Pen diese Positionen an den Rand der Partei. Bei den Europa-Wahlen 2004, 2009 und 2014 erhielt sie ein Mandat für das Europa-Parlament. 2015 leitete sie ein Parteiauschlussverfahren gegen ihren Vater ein, der musste die Partei verlassen. Angehörige der jungen Generation erhielten wichtige Funktionen in der Partei. Die Wählerbasis wurde breiter. Bei den letzten Regionalwahlen im Dezember 2015 erzielte der FN erhebliche Stimmengewinne. Er konnte zwar keine Region gewinnen, drehte aber in einigen Wahlkreisen das zuvor bestehende parlamentarische Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Linken um. Nach Angaben von Wahlforschern haben landesweit 46 % der Arbeiterinnen und Arbeiter den FN gewählt haben, ein Viertel der Französischen und Franzosen hielten den FN für eine „ehrbare“ Partei.

Als Kandidatin zur Präsidentschaftswahl 2017 kündigte Marine Le Pen Ende 2016 an, dass sie im Falle ihrer Präsidentschaft einen Austritt aus dem Euro, aus dem Schengen-Abkommen und ein Referendum zum Austritt Frankreichs aus der EU betreiben wolle. Das Geburtsortprinzip bei der Staatsbürgerschaft soll abgeschafft, die medizinische Versorgung für Ausländerinnen und Ausländer eingestellt werden. Und so weiter. Der FN unterhält europaweit Verbindungen zu ähnlichen ultranationalistischen Parteien, zur AfD in Deutschland, zu Wilders in den Niederlanden, zur FPÖ in Österreich, zur Lega Nord in Italien und weiteren Parteien, auch zu Gruppen in Russland.

Marine Le Pen mit ihrem Wahlprogramm und der FN als Partei widerspiegeln angesichts krisenhafter gesellschaftlicher Zustände breite Teile der ebenso empörten wie irritierten Wähler, quer durch viele soziale Schichten. Insbesondere die sozial bedrängten oder gar degradierten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Bäuerinnen und Bauern sind Zielgruppen und zugleich Resonanzboden des FN. Der FN ist fremdenfeindlich, rassistisch, besonders islamophob. Unter den jetzigen Macht- und parlamentarischen Verhältnissen hat der FN zurzeit keine Chance, sein Programm parlamentarisch durchzusetzen, im Unterhaus verfügt er nur über zwei Sitze. Es besteht aber durchaus die Gefahr, dass der FN weitere Wähler gewinnt.

Jean-Luc Mélenchon (* 1951) durchlief eine lange Lehrzeit der Politik: Schon als Schüler war er in der stürmischen Bewegung vom Mai 1968 engagiert, er war aktiv im nationalen Studierendenverband und in der trotzkistischen Organisation Communiste Internationaliste (OCI). Nach dem Studium der modernen Literatur und Philosophie trat er in den Parti Socialiste (PS) ein, die von François Mitterrand ge-

führt wurde. Auf nationaler Ebene war er zwischen 1986 und 2010, nicht durchgängig, für das Département Essonne Mitglied des französischen Senats. Im Kabinett Jospin war er von 2000 bis 2002 Minister für Berufsbildung. Zum Referendum über die europäische Verfassung 2005 hatte sich die PS für ein „Ja“ entschieden, aber Mélenchon warb für „Nein“. 2008 trat er aus der Sozialistischen Partei aus. Er gründete die „Partie de Gauche“. Bei der Europawahl 2009 erhielt er als Spitzenkandidat dieser Partei ein Mandat im Europaparlament. Im Februar 2016 kündigte Mélenchon an, im Präsidentschaftswahlkampf als parteiunabhängiger Kandidat anzutreten.

Zu seinem Wahlprogramm gehörte: Neuverhandlungen der EU-Verträge und Abschaffung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Sollten die Verhandlungen scheitern, würde unter seiner Präsidentschaft Frankreich aus der Währungsunion austreten. Nach einem Referendum würde Frankreich aus der EU austreten. Die „präsidiale Monarchie“ der Fünften Republik, die wie eine „Oligarchie“ von einer „Kaste“ beherrscht wird, soll von einer verfassungsgebenden Versammlung in eine neue Sechste Republik umgewandelt werden. Der entsprechende Verfassungsentwurf wird dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Es soll ein Zweikammerparlament gebildet werden: die eine Kammer wird nach dem Proportionalwahlrecht gewählt; die andere Kammer soll eine Versammlung der Volksintervention sein, die sich mit sozialen und ökologischen Langzeitfolgen von Gesetzen befassen sollte.

Ein staatliches Investitionsprogramm mit 100 Milliarden Euro soll aufgelegt werden. Erhöhung des Mindestlohnes von derzeit 1.153 Euro auf 1.326 Euro. Grundeinkommen für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren. Schaffung einer staatlichen Krankenversicherung. Mehr Geld für die Berufsbildung, für Universitäten und Forschung. Bis 2050 sollte Frankreich aus der Atomenergie aussteigen. Die Energiekonzerne EDF und Engie und die Energiebereiche anderer Konzerne sind zu verstaatlichen. Mélenchon ist für die Abschaffung der Nato.

Mit seinem Programm vertritt Emanuel Mélenchon grundsätzlich die Interessen der großen Mehrheit der französischen Bevölkerung. Er ist zugleich Internationalist. Er ist Gegner imperialistischer Kriegspolitik. Gemeinsam mit Oskar Lafontaine gehört er zu den profiliertesten Linken in der EU.

Welche Ergebnisse brachte der erste Wahlgang (23.4.17) zu den Präsidentschaftswahlen? Macron (EM) 24,0 %; Le Pen (FN) 21,3 %; Fillon (LR) 20,0 %; Mélenchon (FI) 19,6 %; Hamon (PS) 6,4 %; Dupont-Aignan (DLF) 4, / %; Andere 4,0 %. Das bisher in der Fünften Republik, also seit 1958, funktionierende Wechselspiel zwischen den Konservativen und Sozialisten war abgelöst. Die Sozialisten (PS) waren desaströs auf 6,4 % gefallen, eher zerfallen als gefallen. Die Konservativen (LR) fielen hinter den Front National zurück und kamen nicht mehr in die Stichwahl. Sie wurde fällig, weil kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielte. Marine Le Pen erzielte gut ein Fünftel aller Stimmen. Für Emanuel Macron stimmte knapp ein Viertel der Wähler. Einen starken Rang im Wahlergebnis erreichte Jean-Luc Mélenchon (La France

Insoumise; LI) mit 19,6 %, also mit nur 0,4 Prozentpunkten hinter dem Kandidaten der Konservativen.

Für die entscheidende Stichwahl blieben Emanuel Macron und Marine Le Pen. Ein parlamentarisches Dilemma für die Linke. Aber bürgerliche Wahlsysteme sind – im allgemeinen – mit Absicht so beschaffen, dass sie auf parlamentarische Weise die Herrschaft der bestimmenden Kapitalfraktionen sichern und zugleich linken und demokratischen Widerstand parlamentarisch erschweren bis unmöglich machen sollen. Wohlgedenkt, wir sagten „im allgemeinen“, denn es können Kräfteverhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten eintreten, die zu demokratisch erweiterten Regierungsweisen führen.

Die Europäische Linkspartei gab nach dem ersten Wahlgang folgende Erklärung ab:

„Der erste Wahlgang in Frankreich ist vorüber. Wie befürchtet, wird die Rechtspopulistin Le Pen auch im zweiten Wahlgang antreten können. Ihr Gegenüber, Emmanuel Macron, ist nicht nur konservativ, sondern auch neoliberal geprägt. Er wird den Sozialabbau forcieren. Diese Entwicklung muss für ganz Europa gestoppt werden, auch um die Gefahren für die Existenz der EU zu überwinden. Trotzdem: Frau Le Pen soll auf gar keinen Fall Staatspräsidentin Frankreichs werden.

Der Kandidat der Linken Jean-Luc Mélenchon hat ein hervorragendes Ergebnis erreicht. Wir haben ihm und allen seinen Helferinnen und Helfern herzlich gratuliert. Er hat sich dem Neoliberalismus und dem Rechtsextremismus gegenüber unbeugsam gezeigt. Mit seiner Kampagne erreichte er Millionen Französinnen und Franzosen, besonders die Jugend. Er stellte die drängenden Themen wie höhere soziale Gerechtigkeit, eine Perspektive für die Jugend und den dringend notwendigen Neustart der EU in den Mittelpunkt seines Kampfes. Damit erreichte er nicht nur viele Französinnen und Franzosen, sondern sandte auch der europäischen Linken ein Signal zum Aufschwung. Wir müssen das Gegenüber zur Rechtsentwicklung, zum Neoliberalismus, zur geplanten europäischen militärischen Interventionsfähigkeit werden. Aufbauend auf den Erfolg von Jean-Luc Mélenchon wird die Französische Linke auch bei den Parlamentswahlen eine wichtige Rolle spielen. Wir werden sie unterstützen.“

Eine Stellungnahme, die den Kandidaten und die Kandidatin in ihren politischen Grundpositionen kurz wie zutreffend beschreibt und eine praktische Orientierung für die Kämpfe der Linken gibt. Eine Aufforderung zur Wahl von Macron findet sich nicht. Das entsprach der Position von Jean-Luc Mélenchon. Er hatte dazu aufgerufen, keine Stimme für Marine Le Pen abzugeben; eine Wahlempfehlung für Macron lehnte er ab.

Gregor Gysi hingegen, Vorsitzender der Europäischen Linken, äußerte, Macron sei das kleinere Übel, das man gelegentlich wählen müsse, um eine Katastrophe zu verhindern. Die *Berliner Zeitung* vom 5. Mai 2017 zitierte Katja Kipping, Kovorsit-

zende der Partei DIE LINKE: „Die historische Aufgabe dieser Stichwahl besteht darin, die Rechtsextreme Le Pen zu verhindern, und das heißt, den leider einzigen verbliebenen Gegenkandidaten Macron zu wählen – auch wenn für Macron nur spricht, dass er nicht Le Pen ist.“ Und weiter: „Jenseits von Stichwahlen ist die Politik des kleineren Übels verheerend. Deshalb gilt es ab dem Tag nach der Wahl, den Widerstand von links gegen Macrons Sozialkürzungspläne zu organisieren.“ Sahara Wagenknecht äußerte, der ehemalige Investmentbanker stehe „für die Fortsetzung und Verschärfung genau jener Politik des Sozialabbaus und forcierter Privatisierungen, die den reaktionären Front National Le Pens erst stark gemacht hat und absehbar weiter stärken wird.“ Also keine Wahlempfehlung für Macron.

Süffisant bemerkt das *Handelsblatt* vom 5.5.17: Lange habe sich die Europäische Linke geziert, sich in der Endrunde der französischen Präsidentschaftswahlen zu positionieren. Nun aber werben prominente Vertreter für „das kleinere Übel“. Beim *Handelsblatt* als politischer Begriff in Anführungszeichen gesetzt.

Wir erinnern an den verhängnisvollen historischen Präzedenzfall: 1925 und 1930 zu den Reichspräsidentenwahlen hieß es, Hindenburg sei das kleinere Übel gegenüber Hitler. Die KPD meinte – und nicht nur sie hatte das begriffen – wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Die Situation heute ist völlig anders als die von 1933. Dennoch weisen einige Beobachtungen von Wählerverhalten, die Bertolt Brecht nach der Inthronisierung der Hitlerregierung schildert, einige Ähnlichkeiten mit heutigen „Verwirrungen“ auf. „Der Anstreicher kam zur Macht nicht nur durch einen Staatsstreich, sondern auch auf gesetzmäßige Weise. Seine Partei war plötzlich die größte aller Parteien, so dass ihm die Bildung der Regierung nach dem Gesetz zustand. Im Volk herrschte die größte Verwirrung. Viele stimmten für den Bekämpfer der Demokratie, weil sie Demokraten waren. Dann gab es die vielen Unzufriedenen, die mit bestimmten Parteien unzufrieden waren, nämlich den vorhandenen, und auf die Partei des Anstreichers blickten als auf eine, die noch nicht regiert, also noch nicht versagt hatte. Die Kälber, unzufrieden mit ihren Scherern und Futtermeistern und Hütern, entschieden sich, nun einmal den Metzger ausprobieren zu wollen.“ (Bertolt Brecht, *Schriften zur Politik und Gesellschaft*, Bd. II, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 1968, S. 9/10)

Wieder weiter mit dem *Handelsblatt*: Mit scharfen Worten habe sich der linke frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis in den französischen Präsidentschafts-Wahlkampf eingeschaltet. „Ist Emmanuel Macron aus linker Sicht eine schlimmere Option, als Chirac 2002? Wenn nicht, warum weigern sich heute bestimmte linke Politiker, Macron gegen Le Pen zu unterstützen?“ (so in *Le Monde*). Er sprach es nicht aus, aber es war klar gegen Jean-Luc Mélenchon gerichtet. Der hatte sich einst bei einer Stichwahl zur Präsidentschaft für die Wahl von Chirac und gegen die Wahl des FN-Vorsitzenden ausgesprochen. Unter den neuen Bedingungen ging Mélenchon originell vor. Es erfolgte eine Online-Abstimmung unter Mitgliedern von France Insoumise. Zur Abstimmung standen der weiße Stimmzettel

für Enthaltung, ungültiger Stimmzettel oder einer Stimmabgabe für Macron. Für Enthaltung stimmten 36 %, für Nichtwählen 29 %, also fast zwei Drittel waren nicht für eine Wahlempfehlung zugunsten von Macron. Knapp 35 % votierten für Macron. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Cevipof zufolge, wünschten sich 29 Prozent der Franzosen weder einen Sieg Le Pens, noch Macrons. Was haben sie wohl in der Stichwahl getan?

Um die Frage von Varoufakis aufzunehmen, warum weigern sich „bestimmte“ linke Politiker, zur Wahl von Macron aufzurufen? Im *Handelsblatt* heißt es: Viele der Europäischen Linken, wie in Italien und Spanien, scheuen eine Festlegung auf Macron. Aber Varoufakis oder in Deutschland „die Spitzen-Linken Gregor Gysi und Katja Kipping sind zwar keine glühenden Macron-Fans, werben aber dennoch für ihn, weil sie das größere Übel Le Pen verhindern wollen.“

Für uns ergeben sich einige Fragen: Sprach das vor der Stichwahl bekannte annähernde Kräfteverhältnis zwischen den „Lagern“ Macron und Le Pen wirklich dafür, dass eine Katastrophe verhindert werden musste? Bestand die historische Aufgabe der Stichwahl darin, die Rechtsextreme Le Pen zu verhindern? In dem Fall wäre eine Wahlempfehlung für Macron tatsächlich angebracht. Aber war das der Fall?

Französische Meinungsforscher hatten vor der Stichwahl herausgefunden, dass die rund 2,3 Millionen Wähler von Benoît Hamon (Sozialisten) im ersten Wahlgang, in der Stichwahl bis zu 80 % für Macron stimmen wollten und nur 2-7% für Le Pen. Bei den 7,2 Millionen Fillon-Wählern des ersten Wahlganges zeigten die Umfragen, dass von ihnen zwischen 44 bis 54 % für Macron, 21 bis 32 % für Le Pen plädierten. Die rund 7 Millionen Wähler von Mélenchon votierten zwischen 46 % und 54 % für Macron, für Le Pen zwischen 11 % und 14 %. Und: Die Konservativen, die Sozialisten, auch die Kommunisten hatten ihre Unterstützung für Macron im zweiten Wahlgang erklärt.

Angesichts des als sicher zu erwartenden Kräfteverhältnisses in der Stichwahl, erscheinen die Argumente von Gregor Gysi und Katja Kipping annähernd als das, was in der Literaturwissenschaft mit „kontrafaktisch“ bezeichnet wird: nicht wirklich gegeben, der Wirklichkeit nicht entsprechend. In der Belletristik ist ästhetisch die kontrafaktische Darstellungsweise möglich. In der Politik sollte das Kontrafaktische nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben. Nach Lage der Dinge stand in der Stichwahl nicht die „historische“ Entscheidung, den Front National als Sieger zu verhindern.

Warum hatten deutsche Linke nicht das Fingerspitzengefühl, in ihren Äußerungen bei der ersten Stellungnahme der Europäischen Linken zu bleiben? Sollte die Linke in solchen parlamentarisch prekären Situationen nicht das Notwendige und Mögliche tun, um politisches Bewusstsein über die wirklichen Herrschaftsverhältnisse und die politischen Kräfte zu bilden? Mit dem „kleineren Übel“ riskiert sie nicht nur einen Vertrauensverlust bei den kämpferisch und stärker antikapitalistisch Eingee-

stellten, sie befördert auch Illusionen über den Block Macron, nicht nur für den einen Tag. Keine Stimme für FN ist für die Politiker der Europäischen Linke ohnehin grundsätzlich klar. Müssen sie darüber hinaus erklären, dass unsere Differenzen zu Macron angesichts des Unterschiedes zwischen ihm und Le Pen so gering sind, dass wir den „demokratischen“ Macron wählen müssen? Angesichts der Vita Macrons eine verheerende Argumentation, eben Politik des kleineren Übels. Macron steht für antigewerkschaftliche, antisoziale Politik, für eine Regierungsweise im monatelangen Ausnahmezustand, für französische Hochrüstung und neokoloniale Kriege. Was äußerlich klingt wie heute so, morgen so gegenüber Macron, könnte als eine Botschaft aufgefasst werden: Im Kern sind wir doch alle Demokraten. So etwas leistet nicht zuletzt auch einer Spaltung innerhalb der Linken Vorschub. Weil Sahra Wagenknecht nicht für die Wahl von Macron plädierte, verallgemeinerte die *Berliner Zeitung*: „Es ist nicht das erste Mal, dass sich ein Teil der Linkspartei mit der Abgrenzung nach rechts schwer tut.“

Der zweite Wahlgang (7.5.2017) brachte folgendes Ergebnis: Etwa ein Viertel der Wahlberechtigten blieb der Stichwahl fern. Von den 35.467.327 Abstimmenden gab es 31.381.603 (88,48 %) gültige Stimmen. Insgesamt 11,52 % gaben entweder leere Stimmzettel (8,52 %) oder ungültige Stimmzettel (3 %) ab. Emmanuel Macron erhielt 20.743.128 Millionen Stimmen (66,10 %), Marine Le Pen erhielt 10.638.475 Millionen Stimmen (33,90 %). Welch ein gravierender Unterschied zum ersten Wahlgang. Macrons Wählerschaft war von rund 8,6 Millionen auf 20,7 Millionen gestiegen, sein Stimmenanteil von 24 % auf 66 %. Ein deutlicher Anstieg auch des Le Pen-Lagers. Die rund 7,7 Millionen Stimmen und 21,3 % Stimmenanteil im ersten Wahlgang stiegen auf 10,6 Millionen Wähler und knapp 34 % Stimmenanteil. Das parlamentarische Kräfteverhältnis war eindeutig: zwei Drittel für Macron, ein Drittel für Le Pen. Dieser bisher bei einer Präsidentschaftswahl größte, ja gefährlich große Stimmenanteil des FN kann auch eine Katastrophe genannt werden. Und bitter die zersplitterte Gewerkschaftsbewegung und die Schwäche der Linken.

Die *FAZ* kommentierte den Wahlsieg von Macron mit den Worten: „Seine Präsidentschaft als letzten Schuss der V. Republik zu bezeichnen ist nicht überzogen. Ein abermaliges Scheitern würde wohl die europafeindlichen (und antideutschen) Kräfte mehrheitsfähig machen“ (15.5.2017). Die Bundeskanzlerin erklärte: „Wir werden alles tun, nicht nur um Frankreich zu helfen, sondern um gemeinsam mit Frankreich den europäischen Weg gut zu gestalten.“

Die Zusammensetzung seiner ersten Regierung zeigt, worauf Macron abzielt. Er will von den Konservativen und Sozialisten sowie kleineren Parteien möglichst viele Wählende abziehen. Der neue Ministerpräsident ist ehemaliger Konservativer. 50% der Kabinettsmitglieder sind parteilos. Der Frauenanteil beträgt ebenfalls 50 %. Die neue Sammlungspartei La République En Marche (REM) soll schnell die parlamentarische Hauptstütze für Macron werden. Hierfür sollen insbesondere die 18 bis 25jährigen mobilisiert werden. Sollte REM bei den Parlamentswahlen am 10.

und 17. Juni nicht allein auf 289 Abgeordnete kommen, setzt Macron auf Bündnisse mit Einzelpersonen. „Macron möchte sein Werk des Abrisses der alten Parteien bis zum Ende treiben“, war im *Handelsblatt* zu lesen (15.5.2017). Die Konservativen wollen selbst die absolute Mehrheit erzielen. Die zerstrittene Partei hat sich auf einen Formelkompromiss verständigt: Sollte sie die Regierung erobern, wolle sie keine Opposition gegen den Präsidenten betreiben.

(Manuskriptabschluss 31. Mai 2017)

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Wolfgang Gehrcke (MdB DIE LINKE)
- Christiane Reymann (Autorin und Aktivistin)
- Dr. Erhard Crome (Sozialwissenschaftler und Publizist)
- Dr. Werner Rügemer (Philosoph, Publizist)
- Friederike Benda (Wiss. Mitarbeiterin bei Wolfgang Gehrcke)
- Dr. Siegfried Ransch (Wiss. Mitarbeiter bei Wolfgang Gehrcke)

Impressum

Herausgeber: Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke

Abdruck bitte mit Quellenangabe und Beleg-Exemplar/-Link erwünscht

Spende von 3 Euro erbeten

Bestellungen: Büro Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030 / 22773184, E-Mail: wolfgang.gehrcke@bundestag.de



**Wolfgang Gehrcke
Christiane Reymann**

**Deutschland und Russland
wie weiter?
Der Weg aus der deutsch-
russischen Krise**

**Taschenbuch
edition berolina**

240 Seiten; € 9,99 [D]

ISBN 978-3-95841-057-2

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind gegenwärtig auf einem Tiefpunkt angelangt. In Politik und Medien ist Putin an allem schuld, am Wahlsieg Trumps, der kreuzgefährlichen Lage in der Ostukraine, dem Krieg in Syrien, der Aufrüstung der NATO.

In ihrem Buch *Deutschland und Russland – wie weiter? Der Weg aus der deutsch-russischen Krise* decken Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann die wahren Hintergründe dieser neuerlichen Eiszeit auf. Sie zeichnen nach, wie der die Bundesregierung ihre Russlandpolitik sukzessive durch schwarze Pädagogik ersetzt. Sie loten die Interessen und Ansprüche beider Seiten in der Welt aus. Sie analysieren die Konfliktherde Ukraine, Krim, Kosovo, Syrien, die einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis angeblich im Wege stehen. Sie schreiben über gebrochene Versprechen, Sanktionen, Säbelrasseln, den Krieg der Worte, aber auch darüber, wie „Volksdiplomatie“ das Eis zwischen beiden Staaten von unten aufbrechen kann.

**edition berolina
Berliner Buchverlagsgesellschaft mbH
www.bebug-verlage.de**



**Wolfgang Gehrcke
Christiane Reymann (Hg.)**

**Das Kapital wird 150:
Ein Buch zum Buch der Bücher**

PapyRossa-Verlag

75 Seiten; € 10,- [D]

ISBN 978-3-89438-647-4

Im November 2017 jährt sich die Herausgabe des Hauptwerkes von Karl Marx, *Das Kapital*, zum 150. Mal. Wie kein anderes prägt dieses >Buch der Bücher< weltweit und fortdauernd bis heute Theorie und Praxis sozialistischer und Befreiungsbewegungen; auch in Deutschland, Ost wie West.

>Marx an die Uni<, etwa war eine der Losungen der nach-68er Studierendenbewegung, und sie könnte es heute wieder werden, Kapital-Studienkreise sprechen dafür. Im Übrigen gehört Marx auch in die Betriebe.

Wir würdigen Karl Marx und sein Hauptwerk, *Das Kapital*, in einer besonderen Bild-Text-Form: Burghardt Hollstein aus Kassel verdichtet mit seinen Zeichnungen die Wirkung prägnanter Textstellen aus allen drei Bänden des *Kapitals*. Sahra Wagenknecht würdigt *Das Kapital* in ihrem Vorwort, Georg Fülberth geht dem Geheimnis des Mehrwerts nach, Harald Werner setzt sich mit dem digitalisierten Kapitalismus auseinander, Christiane Reymann entdeckt die Schönheit des *Kapitals* und Wolfgang Gehrcke streitet wider die Marx-Töter.

**Im PapyRossa-Verlag
www.papyrossa.de**

zum 199. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 2017 erschienen.

